

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 122.

Donnerstag, den 25. Mai 1916.

23. Jahrg.

Nur zugreifen!

Gewisse offiziöse Meinungen lassen mit ziemlicher Gewissheit vermuten, daß man sich im Reichshaus mit dem Gedanken der Einführung von industriellen Reichsmonopolen vertraut gemacht hat. Die Monopolgewinne sollen mit zum Ausgleich des zu erwartenden kolossalen finanziellen Defizits im Reichshaushalt dienen. Ob auch Produktions- oder nur Handelsmonopole, oder beide in Aussicht genommen sind, ist noch ungewiß. Verwunderlich ist es jedoch, daß unter den diversen Gewerben, für die nach allerhand unkontrollierbaren Mitteilungen ein Reichsmonopol geplant sein soll, eins noch nicht genannt ist, dessen Monopolisierung von Reich wegen relativ wenig technische und administrative Schwierigkeiten machen würde: die

Pulver- und Sprengstoffindustrie.

Die Zahl der Produktionsanlagen in dieser Industrie ist verhältnismäßig klein, ihre Umsätze und finanziellen Erträge sind aber vergleichsweise sehr hoch. Die Sprengstoffindustrie ist seit Jahrzehnten eng kartelliert. Zwischen den deutschen Pulverfabriken (Pulverkartell) und der geordneten Dynamitgruppe besteht seit langem ein Gewinn- und Verlust-Verteilungsvertrag, ein finanzwirtschaftliches Abkommen, wie es sich in dieser Eigenart kaum in einer andern Industrie vorfindet.

Das Abkommen erhielt ein ganz besonderes Gepräge durch seine Ausdehnung auf die dem internationalen Nobel-Dynamitruß angehörenden großen britischen Explosionsstofffabriken. Die nationale Kartellierung der deutschen Pulver- bzw. Sprengstofffabriken datiert vom 30. September 1889. Daran schloß sich der internationale „General-Kartellvertrag“ mit dem Nobel-Dynamitruß, d. h. mit den britischen Sprengstofffabriken. Durch Zusatzverträge vom 8. Oktober 1897 und 30. Juli 1911 ist der Hauptvertrag ergänzt worden.

Der internationale General-Kartellvertrag wurde am letztgenannten Datum bis zum Jahre 1930 verlängert, er ist jedoch durch den Kriegsausbruch sofort praktisch außer Geltung gekommen. Dem haben die Vertragsgruppen Rechnung getragen, indem sie Ende 1914 den General-Kartellvertrag mit Rückwirkung bis zum 31. Dezember 1913 kündigten. Nun erfuhr auch die breitere Öffentlichkeit,

wie eng verflocht

die britische Sprengstoffindustrie mit der deutschen war, und welcher Straffen Zentralisation sie sich erfreut. Die internationale Vermittlungsstation der Ausgleichsverhandlungen bildete die mit der Diskontogesellschaft (Berlin) liierte Norddeutsche Bank in Hamburg. Die in deutschen Händen befindlichen Anteile des internationalen Nobel-Dynamitruß wurden dem (Kurs?) Wert nach auf 30 Millionen Mark geschätzt. Der Entgelt soll von der Norddeutschen Bank, die für etwa 1,8 Millionen Pfund Sterling Truß-Aktien übernahm, durch Uebertragung deutscher Interessen, die sich derzeit in England befinden, geleistet werden. Die britischen Trußgenossen garantieren die Rückzahlung der ihren deutschen Gesellschaftern gehörenden Anteilwerte nach dem Kriege. Die schwierigen Ausgleichsverhandlungen sind auf Umwegen durch neutrale Diplomaten und Banken geführt worden.

Nach Lösung des General-Kartellvertrags haben die deutschen Pulver- und Sprengstofffabriken ein besonderes Arrangement getroffen. Die Pulvergruppe erhält vom Jahre 1914 an 50 Prozent (vormals 40 Prozent), die Sprengstoffgruppe erhält 50 Prozent (vormals 60 Prozent) der

zusammengeworfenen Gewinne.

Demnach ist diese Industrie schon so weit konzentriert, daß sogar eine gemeinsame Gewinnverteilung durchgeführt werden kann.

Welche finanziellen Erträge für die Reichskasse zu erwarten wären bei einer Monopolisierung, mögen folgende Angaben erhellen. Der Einfachheit halber sind die seit 1915 gezahlten Dividenden zusammengestellt bis zu dem jeweils letzten bekanntgewordenen Jahresergebnis. Unberücksichtigt sind die in dieser Industrie besonders enormen Abschreibungen und Rückstellungen von dem Bruttoertragnis geblieben. Es zählten:

	Dividenden in Proz. des Aktienkapitals
Deutsche Sprengstoffwerke A.G. Hamburg	1905-1912 159 1/2
Dynamit-A.G. vorm. Nobel u. Co.	1905-1912 154
Sprengstoff-A.G. Rarobonit Hamburg	1905-1914 70 1/2
Siegener Dynamit-A.G. Köln	1905-1914 143
Rhein-Weiß. Sprengstoff-A.G. Köln	1905-1914 143
Rhein-Dynamit-A.G. Köln	1905-1914 214 1/2
Oberschlesische A.G. für Fabr. v. Signale	1905-1914 261
Pfälzer Pulverfabr., A.G. St. Ingbert	1905-1915 81
Kaiser-Dynamit-A.G. Köln	1906-1913 116
Ber. Köln-Rottweiler Pulverfabr. Berlin	1905-1914 169
West-Anhalt. Sprengstoffabr. Berlin	1905-1914 205
Dresdner Dynamitfabr., A.G. Dresden	1905-1910 146

In Zeiträumen von längstens einem Jahrzehnt haben die Aktionäre der deutschen Pulver- und Sprengstofffabriken

bis zu dem doppelten Betrag des Aktienkapitals schon in Form von Dividenden zurückgezahlt erhalten. Dazu sind aber von dem Fabrikationsgewinn noch gewaltige Summen für Betriebserweiterungen, überreichliche Abschreibungen und außerordentlich hohe Reservereserven verwandt worden. Beispielsweise betragen die „offenen Reserven“ bei den Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken über neun Millionen Mark, die „stillen Reserven“ dürften noch weit höher sein. Das Aktienkapital beträgt dabei nur 16 1/2 Millionen Mark. Namentlich für die letzten beiden Jahre sind in dieser Industrie Abschreibungen in einer Höhe vorgenommen worden, daß selbst ganz neue Werkanlagen bereits ganz „abgeschrieben“ erscheinen. Anders wußte man mit der

Ueberfülle der Gewinne

nicht zu bleiben, wollte man die hohen Dividenden nicht noch verdoppeln.

Einer mir zugänglich gemachten autoritativen Rentabilitätsberechnung einer neuen Sprengstofffabrik entnahm ich, daß diese allein bei einem Fabrikationsquantum von 1 Million Kilo (Leistungsfähigkeit mehr als das Doppelte) fast 38 Prozent des Aktienkapitals als Reingewinn verdient! Die allgemeine Sprengstoffdividende betrug schon vor dem Kriege meist über 20 Prozent, und liegt in einem Falle sogar bis auf 80 Prozent pro Jahr vom Aktienkapital.

Hier ist sicher eine sehr reiche Geldquelle, die sich die geldbedürftige Reichskasse nicht entgehen lassen sollte. Ich habe schon die außerordentlich fortgeschrittene Konzentration der Sprengstoffindustrie hervorgehoben. Die Zahl der maßgebenden Herren ist erstaunlich gering. Den finanziellen Zentralpunkt bildet die Diskontogesellschaft (Berlin) mit ihrer Hamburger Filiale, der Norddeutschen Bank. Die Herren Aufschläger und Schinkel hielten hauptsächlich die personelle Verbindung der deutschen Dynamitrußgenossen mit ihren britischen Gesellschaftern her. Beider Namen finden sich auch in der Liste der Aufsichtsräte mehrerer deutscher Sprengstofffabriken. Ferner erscheint wiederholt der „Mammuth“-Aufsichtsrat Kommerzienrat Louis Hagen (Köln) als „Sprengstofffabrikant“.

Ganz besonders charakteristisch ist die intime Verbindung der Sprengstoff- mit der

großen Bergwerks- und Hüttenindustrie.

Unter den Aufsichts- und Verwaltungsräten der Sprengstofffabriken befinden sich, zum Teile mehrfach, die Namen: Kom-

merzienrat Kirdorf (Gelsenkirchen, B.-G.), Justizrat Esser (Gelsenkirchen, Guffstahl Witten ujm.), Vizeadmiral a. D. Sad (Krupp), Hugo Stinnes, Bergrat Kleine (Gelsenkirchen, Gotteslegen), Bergrat Lindner (Sibernia), Bergrat Vogeljang (Mansfeld), F. v. Waldbach (vielfacher Grubenbesitzer), Bergwerksdirektor Biebrich (Oberhausen), Bergrat Kilper (Laurahütte), Bergrat Williger (Kattowitz), Baurat Bauknecht (Phönix, Ruhrort), Junke (vielfacher Grubenbesitzer), Justizrat Carp (Guthofnungshütte, Oberhausen), Bergrat Stberg (Schweizer B.-R.), Kommerzienrat Mülzer (Harzen) ujm.

Von der Sprengstoffindustrie aber, und das ist wieder beachtenswert, laufen eng verflochtene Fäden zu der eigentlichen Waffenindustrie! So waren in der am 30. April v. J. abgehaltenen Generalversammlung der mit der badischen Waffenfabrik Mauser eng liierten Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken Berlin (vormals Löwe & Co.) durch ausschlaggebende Großaktionäre vertreten die Ber. Köln-Rottweiler Pulverfabriken, Direktor Aufschläger vom Dynamitruß, die Diskontogesellschaft, die Dresdner Bank und der reichsgeeignete Aufsichtsrat Louis Hagen, Köln.

Das große Publikum ahnt gar nicht, wie eine geringe Zahl von Persönlichkeiten tatsächlich unsere ausschlaggebenden Industrien und Bankenunternehmungen beherrscht.

Für die Monopolisierung der außerordentlich gewinnreichen Sprengstoffindustrie durch das Reich sprechen aber nicht nur rein finanzielle, sondern auch andere Gründe. Es mag ja den deutschen Teilhabern am internationalen Nobel-Dynamitruß aufs Wort zu glauben sein, daß sie bei ihrem Geschäftsverbindungen mit den britischen Trußgenossen niemals die Interessen der deutschen Landesverteidigung außer acht gelassen haben. Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß in den beiden letzten Jahren vor dem Kriege unsere Ausfuhr an Schießpulver und Dynamit das Vielfache der Einfuhr betragen hat. 1912/13 sind aus Deutschland exportiert worden 4102 Tonnen Schießpulver, eingeführt wurden nur 68 Tonnen; an Dynamit und ähnlichen Sprengstoffen betrug der Export 9036 Tonnen, der Import nur 443 Tonnen!

Dabei sind schon, wie gesagt, die technischen und administrativen Schwierigkeiten der Monopolisierung dieser Industrie sehr gering. Ihr finanzieller Effekt würde manche geplanten, die ärmeren Volksschichten drückenden indirekten Steuern völlig unnötig machen.

Otto Suß.

Von den Kriegsschauplätzen.

Der getrigge Tagesbericht brachte die Meldung von der Einnahme des Dorfes Cumieres, das etwas südöstlich vom „Toten Mann“ liegt. Hierzu wird aus dem Großen Hauptquartier von gestern berichtet: „Schon nach den Erfolgen des 21. Mai, die uns westlich der Maas die Sicherung der vorgeschobenen Höhe 265 durch den Verbindungsanschluß an den Ostausläufer der Höhe 304 gebracht haben, ergab sich aus diesem Zusammenschluß der beiden Höhenstellungen zu einem festen Block eine augenblickliche Bedrohung der östlich zwischen diesen Block und der Maas geklemmten französischen Stellung um das Dorf Cumieres und im Cailette-walde. Vergebens versuchte der Gegner, am gleichen Tage diesen hier arg bedrängten Truppen durch Vorstöße aus dem jüdischen Abschnitt von Chataucourt gegen die Höhe 265 Entlastung zu schaffen. Alle diese Stöße wurden abgewiesen, und heute hat sich in den ersten Stunden des Tages das Geschehen der Stellung beim Dorf Cumieres erfüllt; es gelang ibüringischen Truppen heute morgen 3 1/2 Uhr im Anprall von Nordosten her, also aus dem Gebiet der Maaswiesen heraus, das hart am Fluß liegende Dorf und die hier eingebauten, stark verteidigten Stellungen an sich zu reißen. Ueber 300 unverwundete Franzosen fielen dabei als Gefangene in die Hände der tapferen Stürmer. Durch die Wegnahme der Cumieres-Stellungen verengert sich jener von Norden, Westen und Osten umschlossene Raum des Caurette-Waldes, in dem die Franzosen noch eingekesselt sind, um ein weiteres. Mit dem Fall von Cumieres erreichten unsere Unternehmungen westlich der Maas über den Fluß hinweg den glatten Anschluß an die östlich der Maas von uns errungene Linie, und es ist damit der Rest der flankierenden Feuerwirkung ausgeschaltet.“

Am 21. Mai waren es drei Monate, seit der deutsche Vorstoß vor Verdun begann. Auf die ersten Tage und Wochen voll rascher und kühner Erfolge ist ein zäher und grimmiger Ringkampf der Gegner gefolgt. Rund zwei Monate hat es gedauert, bis die letzten Reste der französischen Sachstellung am „Toten Mann“ überwunden waren. Die deutsche Front verläuft nun etwa von der Südspitze des Malancourt-Waldes über die Höhe 304 zum Südrande des Toten Mannes bis nach Cumieres in ziemlich gerader Linie.

Auf dieser kurzen Strecke von 7 bis 8 Kilometer tobt seit Wochen eine Stellungsschlacht, für die es selbst in diesem Kriege beinahe an Beispielen fehlt.

Französische Meldungen haben die Zahl der Geschütze, die dem General Bagelair für die Verteidigung des linken Maasufers zur Verfügung stehen, auf annähernd 3000 angegeben. Von der Artilleriearbeit der deutschen Angriffe erhalten wir eine Vorstellung, wenn wir von gegnerischer Seite hören, daß bei ruhigem Feuer bei der Beschließung der Höhe 304 auf einen Geländestreifen von 800 Meter in der Stunde 2400 Granaten gestreut seien. Welch ein konzentriertes Hüllfeuer mußte entstehen als der Besatz „Schnellfeuer!“ die Zahl unserer Granaten vervielfachte! In der Schlacht von Sedan erbeuteten wir insgesamt 558 Geschütze, die Schlacht vor Verdun beanspruchte allein auf einem einzigen Hauptabschnitt ihrer langen Gefechtsfront eine fünf bis sechsfach stärkere artilleristische Verteidigung des Gegners und eine entsprechende Häufung der Batterien des Angreifers. Die mehr als 50 Divisionen, die Joffe nach und nach vor Verdun ins Feuer geschickt hat, bedeuten der Zahl nach annähernd zwei Fünftel des französischen Heeres, Territorial- und Reservetruppen eingeschlossen. Als Sechsfachkraft aber bedeutet diese französische Verdun-Armee einen erheblich höheren Einsatz als die nachgegebene Zahl angeben kann.

Ueber die Einzelheiten der Kampfhandlungen melden die Kriegsberichterblätter der Blätter aus dem Kriegspressquartier: Der Dienstag brachte besonders im östlichen Teil des Südtiroler Grenzgebietes bedeutende Fortschritte. Unsere Truppen sind im Fortschreiten und gehen gegen die Cima d'Altra-Gruppe und den Monte Aroton vor. Weiter westlich verfolgt das dritte Grazer Korps die Italiener; beiderseits der Straße Bezzeno-Miago vorrückend, wurde die nördliche Hälfte des Raumes zwischen Aisch und Aisa geläubert und der äußere Gürtel des Sammelraumes von Miago eingebrückt. Im Brand-Tal schreitet unser Angriff bei Chiaviso auf die italienischen Stellungen fort, welche den Höhenweg gegen die Grenze sperren. Eine andere Gruppe nähert sich den Stellungen im Raume des Monte Pasubio. Dieser Raumgewinn bedeutet für das ganze Vorgehen östlich

Sich-Tale eine mächtige Unterstützung jener österreichisch-ungarischen Gruppe, welche den Höhenzug bis zur Jugna-Torta schon vor einigen Tagen in Besitz nahm.

Im englischen Unterhaus hielt Churchill wieder eine Rede, in der er meinte, der Krieg würde nach langer Dauer, 1917 würde ein großer Feldzug stattfinden. Er fordert die Regierung auf, demgemäß Vorbereitungen zu treffen; England habe nicht genügend Mannschaften in der Gefechtslinie; es gäbe fünf Gruppen, aus denen die Regierung noch Soldaten rekrutieren könnte.

Bei Saloniki scheinen sich wichtige Ereignisse vorzubereiten. Man rechnet dort mit einer Offensive der Entente-Armee gegen die deutsch-bulgarischen Truppen.

In Frankreich hat es außerordentlich bestimmt gewirkt, daß Italien endgültig die Teilnahme an der Wirtschaftskonferenz, die am 5. Juni in Paris stattfinden soll, ablehnt. Die Italiener sind in diesem Falle anscheinend die Klügeren.

Die Kriegslage.

Wien, 24. Mai. (Amtlich.) Russischer und Südrussischer Kriegsjahresplan. Keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsjahresplan.

Nördlich des Sugana-Tales nahmen unsere Truppen den Höhenzug von Salubio-Burgen (Borgo) in Besitz. Auf dem Grenzrücken südlich des Tales wurde der Feind vom Kappel-Berge vertrieben.

Weiter südlich halten die Italiener die Höhen östlich des Sal da Aisa und den besetzten Raum von Aisa und Aisera. Das Panzerwerk Campolongo ist in unseren Händen. Unsere Truppen gingen näher an das Sal da Aisa und das Postal-Tal heran.

Seit Beginn des Angriffs wurden 2400 Italiener, darunter 524 Offiziere, gefangen genommen, 251 Geschütze und 181 Maschinengewehre und 16 Minenwerfer erbeutet.

Im Abschnitt der Hochfläche von Dabardo waren die Geschütze teilweise recht lebhaft. Bei Monfalcone wurde ein feindlicher Angriff abgewiesen.

Eines unserer Fliegergeschwader belegte die Station Perla-Carna mit Bomben.

Bei der Vornahme von Ortschaften unseres Gebietes seitens des Feindes scheint auch die italienische Bevölkerung teilweise mitzugehen. Leute, die in ihr Vaterland verlassen, werden ihren Anschlag an den Feind strafrechtlich zu verantworten haben.

Gegen Frankreich und Belgien.

Frankösischer Generalsstabbericht

Am Dienstag nachmittags 3 Uhr: In Gegend Verdun ging die Schlacht mit äußerster Heftigkeit die ganze Nacht hindurch auf beiden Ufern der Maas weiter. Auf dem linken Ufer weiteten zwei wüthende deutsche Gegenangriffe gegen alle Stellungen der Höhe 304 vollkommen. Besonders weithin der Höhe 304 machten die Deutschen weitgehenden Gebrauch von Flammenwerfern, was ihnen gestattete, in einen französischen Graben einzudringen; aber der Gegenangriff der Verteidiger zwang sie alsbald, alle eroberten Stellungen zu räumen. Im Osten wurde ein deutscher Angriff trotz heftiger Artilleriebeschießung durch unser Feuer gebrochen und konnte nicht bis an die französischen Linien gelangen. Auf dem rechten Ufer geht der Kampf sehr erörtert im Abschnitt vom Thiamont und Douaumont weiter. Die Deutschen verwickelten im Laufe der Nacht ihre Gegenangriffe; sie erlitten ungeheure Verluste. Es gelang den Deutschen nur, einen der von ihnen verlorenen Gräben nördlich der Höhe Thiamont wiederzuerobern. Überall sonst behaupteten die Franzosen ihre Stellungen. In der Nacht des 23. bis zum 24. Mai drängen die Franzosen trotz lebhaften Widerstandes die Deutschen weiter zurück. Die noch die nordöstliche Ecke des Forts halten. Auf den Maas-bergen gelang ein französischer Handreich im Bois-des-Chavaliers vollkommen. Die Nacht verlief auf dem Rest der Front verhältnismäßig ruhig.

Dienstag abend 11 Uhr: In Gegend Verdun erreichten die deutschen Gegenangriffe auf unserer ganzen Front äußerste Heftigkeit. Es ist noch nicht möglich, die beträchtliche Menge der Truppen, die daran teilgenommen haben, genau zu beziffern. Auf dem linken Ufer warfen die Deutschen nach einer Beschießung mit granatenselbstern, die den ganzen Morgen gedauert hatte, ihre Angriffswachen mehrere Male gegen unsere Stellungen östlich und westlich vom "Toten Mann" vor. Der erste Angriff wurde von unserer Artillerie- und Maschinengewehrbatterie niedergeschlagen und mit blühenden Verlusten abgewiesen, ohne daß der Feind unsere Linien erreichen konnte. Der zweite ebenfalls wüthende Angriff, der gegen 7 Uhr abends einsetzte, erzielte dem Gegner, in dem westlich gelegenen Graben 700 zu Tode. Unmittelbar darauf warf unser Gegenangriff den Feind völlig zurück. Auf dem rechten Ufer war das Gebiet von Douaumont und Douaumont während des ganzen Tages der Schauplatz eines wüthenden Kampfes. Die Deutschen verwickelten ihre Angriffe, die jedesmal von unserer Artilleriebeschießung abgewiesen wurden. Nach einer dieser Angriffe wurden mehrere Gräben die von uns eroberten Stellungen, namentlich im Fort von Douaumont, jetzt in unserer Hand. In der übrigen Front des westlichen Abschnittes.

Flugdienst: In Gegend von Tarnas wurde ein deutscher Flugzeug durch das Maschinengewehrfire einer der unseren abgeschossen und fiel in unsere Hände. Bei Douaumont wurde ein französischer Flugzeug im Laufe eines Luftkampfes schwer getroffen und stürzte in die feindlichen Linien. In Gegend von Sargy wurde ein deutscher Flugzeug von drei französischen Flugzeugen angegriffen, die einen feindlichen Gegner ab und verjagte die beiden anderen.

Selbster Bericht: Heftiger Artilleriekampf östlich von Campolongo. In Gegend von Douaumont behaupteten die Deutschen unsere Stellungen mit Geschützbeschießung. In Erwiderung darauf richteten wir ein gewisses Feuer gegen die feindlichen Schützengraben und Batterien.

Belgischer Kriegsjahresbericht

Am 24. Mai: Heute wurde gegenwärtige Beschießung beim Fort von Foss, wo die Lage unverändert ist. Die feind-

liche Artillerie zeigte heute große Tätigkeit zwischen Hooge und der Bahn Opem-Roulers. Auch an anderen Stellen gab es Artillerie- und Minenkämpfe. An Stellen unserer Front waren gestern feindliche Flugzeuge tätig. Es beteiligten sich dabei vierzehn feindliche Maschinen. Eine wurde heruntergejagt und fiel beschädigt in die feindlichen Linien.

Gegen Rußland.

Bericht des russischen Generalstabs

nom 23. Mai. Westfront: Südlich Kremno sprengten wir am Abend des 21. Mai eine Mine und besetzten den Trichterrand. Bei Rudjoko-Wola, 34 Kilometer nördöstlich Kasalowka, warfen Teile eines unserer Regimenter, unterstützt durch die Artillerie, die Deutschen über den Fluß Wieselucha, der in den Pripjet mündet, und zerstörten die dort kürzlich angelegten Gräben. Galizien: Nördlich Kuczacz (an der Strypa) beschloß die feindliche Artillerie unsere Stellungen mit Schrapnells, in denen Glasplitter gefunden wurden. An der übrigen Front ist die Lage unverändert. Kaukasus: Südwestlich Trapezunt wurden am 21. Mai früh wiederholte türkische Angriffsversuche abge schlagen. Die auf Gümüshane (71 Kilometer südwestlich Trapezunt) vorgehende Kolonne warf die Türken aus ihrer bestfestigten Stellung am Hange des nördlichen Taurus. Persien: Auf Mosul vorgehend, besetzten unsere Truppen Sordecht, 40 Kilometer westlich Sakiz.

Gegen England.

Das Wehrpflichtgesetz im Oberhaus angenommen.

Das Oberhaus nahm die Militärdienstbill einstimmig in dritter Lesung an.

Das Blutgericht gegen die irischen Rebellen.

Asquith sagte im Unterhause auf eine Frage, eine Mitteilung über die Hinrichtung der Rebellen in Irland werde dem Hause demnächst vorgelegt werden. — Sir E. Goulton fragte, ob es Asquith bekannt sei, daß in den Vereinigten Staaten eine wachsende Mißstimmung wegen der Hinrichtungen bestehe. Asquith erwiderte, daß er eben aus diesem Grunde die Vorlegung eines Berichts beschleunigen ließe. Asquith sagte auf eine Frage des unabhängigen Nationalisten Healy, daß die Erschießung der Redakteure Dixon und Mac Intyre, die ohne Prozeß erfolgt ist, von dem Kriegsgericht untersucht würde. Healy erwiderte, er und seine Freunde hätten kein Vertrauen zu dem Kriegsgericht oder zu General Maxwell. Der neue Prozeß gegen Sir Roger Casement wird am 25. Mai vor dem höchsten Gerichtshof stattfinden. Die Anklage lautet auf Hochverrat.

Das Todesurteil gegen den im irischen Aufstand festgenommenen Irish-Americaner Lynch, für den Präsident Wilson um Aufhebung der Vollstreckung ersucht hatte, wurde jetzt in zehn Jahre Gefängnis umgewandelt.

Lebensmittelfragen im englischen Unterhaus.

Bei Beratung des Etats des Landwirtschaftsamt im Unterhaus führte Unterstaatssekretär Acland aus, wenn das günstige Wetter andauere, so würde die Erzeugung der hauptsächlichsten Lebensmittel nicht vollständig versagen; das sei aber nur dadurch möglich, daß die Farmer härtere und längere Arbeit leisteten als je zuvor. Die Landwirtschaft beschäftigte vor dem Kriege nur noch eine Million Menschen, Farmer eingeschlossen. Seit dem Kriege verlor sie 250 000 bis 300 000 Leute und erhielt dafür einige zehntausend Frauen, von denen viele ohne jede Erfahrung sind, und ein paar tausend Soldaten, Kinder und Ferienarbeiter. Man sei bereits an den Punkt angekommen, wo die Gefahr einer ernstlich verminderten Erzeugung bestehe. Dem Ministerium sei mitgeteilt worden, daß man die Feldfrüchte, die mehr Arbeit machen, zugunsten solcher aufgeben, die weniger Arbeit erfordern, so daß die Produktion der Lebensmittel zurückgehen werde. Wenn die Landwirtschaft noch mehr Leute an die Arme abgeben müßte, könnte man der Lebensmittelnot nur durch eine Zufuhr vom Auslande entgegen, aber Schiffe würden dauernd für den Transport von Munition gebraucht. Die Preise der Lebensmittel seien schon hoch genug. — Lambert sagte, die Farmer werden in gefährlichem Maße von Arbeitern entblößt. Wenn der Krieg noch lange dauere, werde die Ausgabe von Lebensmittelfaktoren notwendig werden. — Bathurst betonte, daß man angesichts der Gefahr der U-Boote und Zeppeline mehr als bisher auf die eigene Landwirtschaft angewiesen sei. — Frothero sagte: Die Erzeugung von Lebensmitteln sei um 15 bis 25 Proz. vermindert und darin liege eine große Gefahr angesichts der Notwendigkeit der Einfuhrbeschränkung infolge der hohen Schiffsfrachten und der U-Boot-Gefahr. Zwar sei eine Hungersnot nicht zu befürchten, aber man müsse sehr sparsam mit den Vorräten umgehen. Die große Schwierigkeit liege auch in dem Mangel an künstlichen Düngemitteln. — Acland bemerkte, daß die Anbaufläche für Weizen im letzten Jahr um 30 Proz. vermehrt wurde.

Der "Niederländische Courant" meldet aus London: Gemäß Bülleten im Unterhause die zunehmenden Schwierigkeiten der Lebensmittelfuhr Gegenstand der Beratungen. Acland teilte über die Fischerei folgendes mit: 270 Fischereifahrzeuge sind verloren und 500 Menschen dabei umgekommen. Infolge der Kriegsgefahren ist die gefangene Fische menge im Verhältnis wie 15 : 6 zurückgegangen. Die Preise sind so gestiegen, daß die Fischerei trotzdem acht Millionen Pfund gegen 920 000 in Normaljahren abwirft.

Gegen Italien.

Cadornas Bericht

Am 24. Mai lautet: Zwischen Garda-See und Etsch werden feindliche Truppenkonzentrationen in der Gegend von Riva und gegenüber der Insel Isola di San Michele beobachtet. Von der Etsch bis zum Aisera (Aisera) fanden einzelne Schüsse zwischen Erwerbungsstellungen statt. Zwischen Aisera und Foss und im Sugana-Tal gingen wir am 22. Mai ein Tage lang feindliche Angriffe auf unsere vorgeschobenen Linien zurück. Gegen gegen unsere Truppen allmählich auf die Hauptwiderstandslinien zurück. Die Bewegung wurde in vollkommener Ordnung und unbeschädigt vom Feinde angegriffen. Im Hauptwiderstand eroberte eine unserer Abteilungen eine wichtige feindliche Stellung auf dem Cef-Berge und machte dabei etwa 30 Gefangene, darunter ein Offizier, erbeutete Pistolen und Munition.

Auf der übrigen Front war die Artillerietätigkeit heftiger auf dem Hochbut, auf den Höhen nordwestlich Görz und im Abschnitt von Monfalcone. Feindliche Flieger warfen einige Bomben auf eine Ortschaft in der venetianischen Ebene ab; sie verwundeten eine kleine Zahl von Personen, ohne sonst Schaden anzurichten.

Der Seekrieg.

Torpedos und Minen.

Der französische Dreimaster "Myosotis" aus Tecom wurde von einem österreichisch-ungarischen Unterseeboot versenkt. Die Mannschaft ist gelaundet.

Ein mit Munition beladener russischer Transportdampfer, der von Sowa nach Kent fuhr, ist auf eine bulgarische Mine gestoßen und mit der ganzen Mannschaft gesunken.

Zusammenstoß mit einem Unterseeboot.

Auf der Reise von Raumo nach Stockholm kollidierte nach Kopenhagener Meldungen der schwedische Dampfer "Angermanland" mit einem unbekanntem Unterseeboot. Im letzten Augenblick entdeckte man vom Dampfer aus das Periskop des Unterseebootes. Die Kollision war unvermeidlich. Vom Unterseeboot wurde nichts mehr gesehen. Es wird angenommen, daß der Turm beschädigt wurde, worauf das Boot sich sofort mit Wasser füllte und sank. Man glaubt, daß es sich um ein englisches Unterseeboot handelte. Hierauf schien die Form des Periskops hinzudeuten.

Der Balkankrieg.

Eine Offensive Sarraills?

Die Schweizerische Telegrapheninformation meldet aus Saloniki: Unter dem Vorsitz des Oberkommandanten der Orientarmee der Entente, General Serrail, fand hier eine große Beratung aller Kommandanten statt, an der auch der neue englische Höchstkommandierende, General Milna, und serbische Offiziere teilnahmen. Es sollen wichtige Beschlüsse gefaßt sein. Seit einigen Tagen geht eine Umgruppierung der Truppen vor sich. General Sarraill jetzt die militärischen Vorbereitungen im großen Still fort. Nach den Äußerlichkeiten zu schließen, kann kaum daran gezweifelt werden, daß die Ententearmee eine ernste Offensive gegen die deutsch-bulgarischen Truppen vorbereitet. 48 000 Mann Serben wurden bisher gelaundet. Ungeheure Mengen Munition werden ununterbrochen ausgeschifft, neue Batterien und Pferde werden an Land gebracht. Die Front arbeitet mit großer Strenge und hält alle Mitteilungen militärischer Natur zurück.

Die Entente in Griechenland.

Aus Saloniki wird gemeldet: Die Bevölkerung der Grenzbezirke des Kampfgebietes flüchtet, von Panik ergriffen, überall, wo französische Truppen sich nähern. Eine Anzahl Dörfer ist von den Einwohnern gänzlich verlassen. Verhigungsversuche der griechischen Behörden waren vergeblich. Unter den Flüchtlingen herrscht große Not. Der bisher von den Franzosen durch die Überflutung des Wardargebiets angerichtete Schaden ist enorm und übersteigt sechs Millionen. Mehrere Dörfer sind vollständig vernichtet. Man ist der Ansicht, daß die Durchstichung der Dämme des Wardar nicht begründet war. Die Erbitterung über das Vorgehen der Franzosen ist groß.

Zwei Kriegsnachrichten.

Dänische Fischer im deutschen Kriegsgebiet.

"Politiken" meldet aus Esbjerg: Die großen Mengen von Fischen locken ständig dänische Fischer in das deutsche Kriegsgebiet, zuweilen auf deutsches Seegebiet. Nachdem die Deutschen lange nachsichtig waren, scheinen sie jetzt energischer vorzugehen. Die Fischerkutter "Selmer" und "Biking" wurden, nachdem sie mehrmals vorher verjagt waren, vor drei Wochen nach Hamburg geführt, wo ihr Fang konfisziert wurde. Nachdem die Fischer eine Geldstrafe bezahlten, konnten sie zurückkehren. Am Sonntag wurde abermals eine Anzahl Kutter von den Deutschen verjagt und der Kutter "Energie" südwärts mitgenommen.

Deutschlands Handel mit Skandinavien.

"Politiken" zufolge werden die deutschen Handelsdampfer jetzt von Kriegsschiffen begleitet. Vorgestern passierten fünf deutsche Dampfer Falsterbo, begleitet von vier Kriegsschiffen. Ein englisches Unterseeboot lag vorgestern bei Kullen. Vier deutsche Frachtdampfer fuhrten vorbei, wurden aber nicht angegriffen, da sie innerhalb der schwedischen Seegrenze fuhrten.

Die Novelle zum Vereinsgesetz.

Die Reichstagskommission zur Vorbereitung des Entwurfs einer Novelle zum Vereinsgesetz setzte am Dienstag ihre Beratungen fort. Sie hatte den Genus, Herr Dertel seinen in der ersten Sitzung begonnenen Obstruktionsfeldzug fortsetzen zu sehen. Er prophezeite für den Fall der Annahme des Gesetzentwurfs in langatmigen Ausführungen, an denen ausschließlich er selbst Belegen empfand, die schwerste Beeinträchtigung des Volkswohls. Er zitierte die Gerichtspräsidenten Kerschbamer und Traub, die für Herr Dertel unpfähliche Autoritäten geworden sind, weil sie gegen die Zulassung der Arbeiterjugend zu den Gewerkschaften eine nicht zu verheißende Abneigung haben. Zeitungsausleger, Kegelstangen und Badische werden nach Herr Dertel in Zukunft Einsitz auf die Verhandlungen der Gewerkschaften gewinnen. Diejenigen Anhänger der Vorlage, denen diese nicht weit genug geht, forderte Herr Dertel nachdrücklich auf, ihre Wünsche in Anträgen zum Ausdruck zu bringen. Ministerialdirektor Dr. Lewald hatte nämlich vorher wiederholt mit Bestimmtheit erklärt, daß jede Erweiterung der Novelle das Gesetz zum Scheitern bringen werde.

Genosse Landsberg suchte der Regierung klar zu machen, daß die Anrechterhaltung der Sprachenparagrafen in einer Zeit, in der man eine volkliche Universität in Maribau eröffnet habe und für die Gründung einer slawischen Universität in Gent eingetrete, sie der Väterlichkeit überantworten müsse, und regte eine Fassung der Novelle an, die die Gewerkschaften in einem höheren Maße als der Entwurf gegen Schiften der Verwaltungsbehörden und richterliche Willkür zu schützen imstande sei.

Ministerialdirektor Lewald erklärte, sich zu der Frage der Abänderung des Wortlauts der Novelle erst nach Stellung eines Antrages äußern zu können.

Genosse Lueder legte gegenüber der konservativen Befürchtung, daß die Zulassung der Jugend zu den Gewerkschaften zu einer Verminderung der jungen Leute führen werde, an der Hand der Bildungsprogramme der Verbände der Lehrlinge, der Gesellen, der Transportarbeiter und der Metallarbeiter dar, wie weit diese die Gewerkschaften für die Förderung der

Widmung ihrer jugendlichen Mitglieder und damit der Gesamt-
kultur weichen möchten. Nicht die gemeinschaftlichen Bestrebungen
brächten die Sittlichkeit der Jugend in Gefahr, sondern die
Arbeitsverhältnisse der Jugendlichen; ihre Verbesserung lehten
aber gerade die Konventionen hartnäckig ab.

Der Fortschrittler D o n e und der Nationalliberale L i f t er-
klärten übereinstimmend, daß sie das Zustandekommen der Novelle
wünschten, und, um sie nicht zu gefährden, alle weitergehenden
Anträge abzulehnen würden. Der letztere sprach übrigens namens
seiner Partei aus, daß sie gegen die Befestigung des Sprachen-
paragrafen sei. — Auch der Zentrumsabgeordnete B e d e r, der
sich von der Novelle namentlich für die christlichen Gewerkschafts-
organisationen Nutzen versprach, stellte sich auf den Standpunkt,
daß alle Änderungsanträge, so bedauerlich das Unannehmliche
der verbündeten Regierungen sei, abgelehnt werden müßten. —
Für einen Teil des Zentrums kündigte Frhr. v. F r a n k e n-
stein die Ablehnung des Entwurfs an, da derselbe eine neue
Gelegenheit zur sozialdemokratischen Beeinflussung der Jugend
schaffe.

Schließlich erklärte Genosse S c i n e namens seiner Fraktion,
daß diese, da sie das Gesetz nicht gefährden wolle, keine Änderungs-
anträge stelle und alle von anderer Seite herrührenden An-
träge auf Erweiterung des Rahmens der Vorlage ablehnen werde.
Weitergehende Wünsche auf Befestigung des Sprachenparagrafen,
des Zentrumsparagrafen, des Ausnahmezustandes für ländliche
Arbeiter habe die Fraktion in Resolutionen niedergelegt. Un-
mittelbar nach Verabschiedung des Gesetzes werde sie den Kampf
für einen weiteren reichheitlichen Ausbau des Vereinsgesetzes wie-
der eröffnen.

Festzustellen ist auf Grund der Erklärungen des Ministerial-
direktors L e w a l d: 1. daß die Verbände der Staatsarbei-
ter und der Landarbeiter unter das Gesetz fallen, sich also
in Zukunft mit sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Dingen
beschäftigen dürfen, ohne Gefahr zu laufen, daß sie für politische
Zwecke nicht verwendet werden; 2. daß Personen, die das 18. Lebensjahr
noch nicht vollendet haben, an öffentlichen Gewerkschaftsver-
sammlungen, selbst wenn sie sich nicht mit rein politischen, sondern mit
sozialpolitischen oder wirtschaftspolitischen Angelegenheiten be-
fassen, auch in Zukunft nicht werden teilnehmen dürfen.

Die Kommission dürfte ihre Beratungen am Donnerstag zu
Ende führen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zeitstellungen von Kriegsschäden.

Vor Eintritt der Reichstagskommission in die Tages-
ordnung erklärte am Dienstag der Vertreter der Reichs-
regierung, v. J o n q u i e r e s: In der ersten Sitzung der
Kommission sei ein Antrag angenommen worden, daß die
Entschädigung für Kriegsschäden dem Reiche obliege. Bei
der Kürze der Zeit konnten die verbündeten Regierungen
dazu keine Stellung nehmen. Aus der weiteren Beteiligung
der Regierungsvertreter an der Kommissionsberatung dürfe
nicht geschlossen werden, daß die Regierung bereit sei, diesem
Antrag zuzustimmen.

Die Beratungen erstreckten sich während der ganzen
Sitzung auf den § 2 und § 3 der Regierungsvorlage und eine
Reihe dazu gestellter Anträge von konservativer und frei-
konservativer Seite.

Der § 2 der Regierungsvorlage lautet: „Als durch den
Krieg verursacht gelten Beschädigungen, die unmittelbar her-
vorgehen: 1. durch die kriegerischen Unternehmungen
deutscher, verbündeter oder feindlicher Streitkräfte; 2. durch
Brand oder sonstige Zerstörung, Diebstahl oder Plünderung
in dem vom Feinde besetzten oder unmittelbar bedrohten Ge-
bieten während der Dauer der Besetzung oder Bedrohung,
es sei denn, daß nachgewiesen wird, daß ein Zusammenhang
der Entschädigung und des Umfangs des Schadens mit dem
Kriege nicht vorliegt; 3. durch die Flucht, Abweisung oder
Verschiebung der Bevölkerung oder die Wegschaffung ihrer
Sache aus den vom Feinde besetzten oder unmittelbar be-
drohten Gebieten.“ Dieser Paragraf der Regierungsvor-
lage wurde angenommen; die gestellten Änderungsanträge
wurden zurückgezogen bzw. abgelehnt.

Keine Milde für Volksausbeuter.

Der Verein Berliner Kolonialwarenhändler hatte, wie
mitgeteilt, kürzlich an den Berliner Polizeipräsidenten eine
Eingabe gerichtet, in der unter ausführlicher Begründung
des Gesuches darum gebeten wurde, bei der geringfügigen
Uebertretungen der vielen polizeilichen Bestimmungen Milde
gegen die Inhaber der Ladengeschäfte walten zu lassen.
Darauf ist jetzt folgende Antwort des Berliner Polizeipräs-
identen eingetroffen:

„Ich halte es nach wie vor für meine Pflicht, ohne An-
sehen der Person gegen jede Uebertretung der kriegswirtschaft-
lichen Vorschriften mit allen gesetzlichen Mitteln vorzugehen.
Bei der Gemeingefährlichkeit der Vergehen gegen diese Be-
stimmungen ist Milde nicht am Platz, es sei denn, daß es sich
nur um geringe Fahrlässigkeiten handelt.“

Wenn doch das hier angekündigte energische Vorgehen
gegenüber den großen Wucherern und Schiebern
einmal Erfolg zeitigen würde! Solange allerdings solche
Erzgauner mit einer verhältnismäßig geringen Geldstrafe,
statt Zuchthaus, davon kommen, kann man keine durch-
greifende Besserung auf diesem Gebiet erwarten.

Schiebungen im Tuchhandel.

Vor einiger Zeit konnte der Kriegsausbruch für Kon-
sumenteninteressen auf Grund eines offenerzigen Auftrages des
„Konfektionsrats“ Bestrebungen von Textilhändlern zur
Zurückhaltung von Stoffen zwecks Preissteigerung aufdecken.
Jetzt erhält er aus einer glaubwürdigen Lagerquelle die
Meldung, daß dort in der Tuchbranche allerhand Manipu-
lationen zur Umgehung der bekanntlich nach oben hin be-
grenzten Fabrikantenpreise gemacht werden: Die Fabrikanten
setzen ihr eigenes Fabrikat nicht mehr direkt an die Geschäfte
ab, sondern der eine verkauft dem andern sein Fabrikat, um
dann die Ware des anderen als Großhändler weiter zu ver-
kaufen. Frage man z. B. bei einer Tuchfabrik, die schwarze
Kammgarnstoffe herstellt, nach dieser Ware, so sei sie nicht zu
haben, wohl aber bunte Stoffe. Umgekehrt liefere der Fabri-
kant bunter Stoffe jetzt nur noch schwarze Kammgarnstoffe um,
damit nur nicht zu Fabrikantenpreisen geliefert zu werden
brauche.

Bauernschläue.

Das Verbot der Hauschlachtungen hat eigenartige Prak-
tiken gezeitigt, die Bestimmungen zu umgehen, indem man
künstliche Notschlachtungen herbeiführt. In Hessen,
und anderswo wird es wohl ähnlich sein, ist man dahinter ge-
kommen, daß einzelne Landwirte bei ihren Schlachtungen
Schweinen vorübergehende Verdammungsbeschwerden heroorriefen.
Als dann die Tiere „traurten“, lief man schnell zum Fleisch-
beschauer, beantragte eine Notschlacht und hoffte, das so-
erhaltene Fleisch im eigenen Haushalt verwenden oder unter
der Hand absetzen zu können. Die Behörden waren in diesem
Falle ausnahmsweise schärfer wie die Bauern. Sie ordneten

Der amtliche Kriegsbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 25. Mai. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Englische Torpedo- und Patrouillenboote
wurden an der flandrischen Küste von deutschen Flug-
zeugen angegriffen.

Westlich der Maas scheiterten drei Angriffe des Feindes
gegen das von ihnen verlorene Dorf Cumieres.

Westlich des Flusses stießen unsere Regimenter unter Aus-
nutzung ihres vorgezogenen Erfolges weiter vor und erober-
ten feindliche Gräben südwestlich und südlich der Höhe Douaumont.

Der Steinbruch südlich des Schloßes Handromont ist
wieder in unserem Besitz.

Im Caillietalweide lief der Feind während des ganzen
Tages gegen unsere Stellungen vergeblich an. Außer schweren
blutigen Verlusten küßten die Franzosen über 850 Mann an
Gefangenen ein. 14 Maschinengewehre wurden erbeutet.

Bei St. Souplet und in dem Herbe Bois wurde je
ein feindlicher Doppeldecker im Luftkampf abgeschossen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Meslek und Gerghele wurden von feindlichen Fliegern
erfolglos beworfen.

Oberste Heeresleitung.

an, daß Notschlachtungen nur nach vorheriger Besichtigung des
lebenden Tieres durch den Kreisarzt vorgenommen werden
dürfen und daß nach der Schlachtung dennoch einwandfrei be-
fundenes Fleisch der in Betracht kommenden Fleischverteilungs-
stelle überliefert, nicht ladenreines Fleisch aber durch die Ge-
meindeverwaltungen auf der öffentlichen Freibank verkauft
werden muß. Damit der Besitzer des notgeschlachteten Tieres
kein Fleisch zurückbehalten kann, muß die Notschlachtungen unter
Aufsicht des Fleischbeschauers in öffentlichen Schlachthäusern
oder in den Schlachthäusern eines Metzgers geschehen. — Der-
artige Anordnungen sollten allgemein erlassen werden.

Keine liberale Arbeitsgemeinschaft.

Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei hat sich
am Sonntag außer mit Deutschlands Kriegszielen auch mit
dem Verhältnis der Nationalliberalen zu anderen Parteien be-
schäftigt. Wie das „Berl. Tagebl.“ meldet, hat er auch fol-
genden Beschluß gefaßt:

„Die gewaltigen Aufgaben auf dem Gebiete der politischen
und wirtschaftlichen Gesetzgebung stellen die nationalliberale
Partei heute und in der Zukunft vor Entscheidungen, welche
nur unter Aufrechterhaltung der vollen Selbständigkeit und Un-
abhängigkeit der Partei zu lösen sind. Aus diesem Grunde for-
dert der Zentralvorstand die Parteigenossen auf, unter Ableh-
nung aller Versuche, diese Selbständigkeit aufzuheben oder ein-
zuzwingen, den Ausbau der Parteioorganisationen im Lande mit
allen Mitteln zu fördern.“

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 25. Mai.

Der „Anreiz“.

Die endlosen Preissteigerungen werden meist mit der Mo-
tivation zu begründen versucht, es müsse den Interessenten ein
„Anreiz“ geboten werden, damit sie möglichst viel der begehrten
Waren erzeugen und liefern. Dieser notwendige Anreiz besteht in
den höheren Preisen. Der „Deutsche Wille“ (Kunsthaupt) wendet
sich gegen diese Theorie, indem er ausführt:

„Die Lehre vom Anreiz scheint neuerdings mehr und mehr
durchzudringen. Wir möchten zur Vorsicht gegen sie raten. Da,
wo man aus praktischer Politik vorübergehend „Anreize“ schaffen
muß, soll man doch niemals grundsätzlich deren
innere Berechtigung zugeben. Es muß ihnen der
Charakter eines im Grunde faulen Rotbrotchens verbleiben.
Denn erstens ist die Theorie, mit der man sie begründet, schlecht
gedacht, und zweitens bedeutet ihre Anerkennung das Hinab-
gleiten in eine sittlich tiefere Ebene. Es muß um
der allgemeinen sittlichen Anschauungen unseres Volkes willen als
Grundgesetz bestehen bleiben, daß die Pflicht gegen das
Vaterland nicht eine Sache des Lohnes ist. Das ist
sie zu keiner Zeit, am allerwenigsten aber in der Kriegszeit. Wie
für den militärischen Krieg die Militärpflicht, so gilt für
den wirtschaftlichen Krieg die Wirtschaftspflicht, ohne
jeden Abzug. Du hast nach allen deinen Kräften zu pflanzen, zu
mahlen, zu baden, zu schlachten, zu verkaufen usw. nicht nur,
damit du Geld verdienst, sondern vor allem, weil es das Vaterland
von dir fordert, die Allgemeinheit, zu der du gehörst und die dich
in hundert Dingen mit versorgt. Keiner ist jetzt seinen Besitz
nur für sich aus, das muß auch amtlich bei jeder Gelegenheit den
Körper eingehämmert werden. Wohin sollten wir kommen, wenn
selbst von Behörden die Lehre vom Anreiz als grundsätzlich be-
gehrigt anerkannt würde?“

Sie ist von den Behörden längst anerkannt. Es hätte sonst
zu den heutigen Verhältnissen nicht kommen können. Und wie
wenig die verantwortlichen Stellen geneigt sind, sich einer anderen
Aufassung zuzuwenden, das zeigen die Worte, die der Berliner
Nachrichtendienst für Ernährungsfragen der Beantwortung der
Lehre vom „Anreiz“ widmet. Danach ist der Anreiz oder, anders
ausgedrückt, das Gewinninteresse auch in der Kriegszeit
die Steuerung des Wirtschaftslebens.

Mit diesem Steuer ist das Schiff der deutschen Ernährungs-
politik gründlich auf den Sand gelassen. Der Bundesrat aber
sahnt keinen anderen Weg zu kennen. Es ist dann auch nicht
darauf zu rechnen, daß die Produktion und die Verteilung
der Produkte grundsätzlich nach den Bedürfnissen des
Volkes geregelt wird. Wie will man aber die schweren
Schäden beseitigen?

Der volkswirtschaftliche Grundgedanke vom „Anreiz“ hat in der
Kriegszeit nichts als Fehlschläge gezeitigt. Er ist heute für gar
manche nur das Feigenblatt, mit dem sie die Auswucherung des
Volkes zu verdecken bemüht sind. Eine Vermehrung der Nah-
rungsmittel ist durch den Anreiz nicht herbeigeführt worden. Im
Gegenteil hat das fortwährende „Anreizen“ die sehr ernste Gefahr
heraufbeschworen, daß der Produzent weniger Pro-
dukte auf den Markt liefert, weil ihm bereits aus geringeren
Mengen höhere Einnahmen erwachsen und deshalb für ihn kein
Grund besteht, sich besonders anzustrengen. In der Kriegswirt-
schaft zum mindesten ist die Lehre vom Anreiz unbrauchbar für
alle, denen daran liegt, das ganze Volk mit Nahrungsmitteln
ausreichend versehen zu wissen. Die Einfuhr von Auslandsgütern
ist unterbunden. Es fehlt die Konkurrenz der ausländischen Produkte,
die doch auch vom Standpunkt der kapitalistischen Wirtschaftsweise
aus mit der Lehre vom Anreiz im engsten Zusammenhang steht.
So mußte eine Regelung, bei der der Anreiz das Steuer bildet,
verlassen.

Die Saatfröhe. Bei dem Mangel an Schlagschrot werden die
verschärfenden Vorschläge gemacht, um Ertrag für fehlendes Schrot
zu erlangen. Ein Waidmann weist in einer Ernährungszeitung

auf die Saatfröhe hin, die in Massen vorhanden sei und die sehr
wohl als Fleischnahrung Verwendung finden könnte. Auch von
behördlichen Stellen wurde auf die Saatfröhe besonders aufmerk-
sam gemacht. Wer aber glaubt, daß Saatfröhe zu billigen Prei-
sen auf den Markt kommen würden, der wird schwer enttäuscht
werden, wenn er folgende an die „Deutsche Tageszeitung“ ge-
richtete Einwendung liest, nach welcher eine Saatfröhe wohl ein
Markt kosten dürfte. Der Einsender schreibt: „Für 20 bis 25 Pfg.
ist eine Jungfröhe in Berlin nicht zu verkaufen möglich, weil die
Voraussetzungen des Erlegens und der Verwendung dieser Tiere
andere sind, als der Herr Waidmann annimmt. Ich habe an eine
Reihe von Jägern und Gutsbesitzern des Verkaufspreises wegen
geschrieben, und auf noch höhere Angebote, wie der Herr Ein-
sender als Höchstpreis annehmen möchte, wurde mir ausnahmslos
geantwortet, daß diese Preise zu gering seien. So schreibt u. a.
ein Gutsbesitzer aus Westpreußen: „Der Preis von 30 Pfg.
ab hier für das Stück ist unter den jetzigen Umständen — unter
Berücksichtigung der teuren Patronen, der hohen Fleischpreise
(eine Henne kostet hier 7 Mk.) — zu niedrig. Auch Vorkosten
und Rückgebühren für die Körbe u. dergl. verteuern die
Ware, ebenso ist das Papier zum Verpacken teuer geworden. Ich
glaube, die Krähen in der nächsten Stadt günstiger verkaufen zu
können.“ Ein Grünort aus Hinterpommern antwortet:
„... Leider ist die Munition sehr teuer geworden, so daß bei
einem Preise von 40 Pfg. pro Stück wirklich nichts übrig bleibt.
Wegen der Höhe der Preise ist man sehr zufrieden, wenn man
durchschnittlich mit zwei Schuss eine junge Krähe hat; sehr viele
bleiben auf den Bäumen hängen oder sie fallen in die Netze.
Nun kostet die Patrone jetzt 14 Pfg. statt 6 Pfg. früher! Jede
Krähe kann man also mit rund 25 Pfg. Kosten rechnen, ehe man
sie hat. Nun aber gehören auch zu jeder Sendung zwei Führer,
auch das Gewehr wird abgenutzt — da ist also der obige Preis
nur angemessen.“ Ein Mecklenburger Förster meint: „Es kom-
men nur ausgewachsene Jungfröhen zum Versand und bei der
vielen Arbeit des Zurechtmachens — alle Krähen werden genügend
ausgeschilt und ausgezogen und kommen völlig einwandfrei zum
Versand — ist der Preis von 45 Pfg. hier ein recht geringer.“
Dann wird dargelegt, daß durch Versand, Lagerung und was
damit zusammenhängt, hohe Kosten entstehen, die einen Höchst-
preis von etwa 80 bis 90 Pfg. im Großhandel und 1 Mk. im Klein-
verkauf erforderlich machen werden. Die Saatfröhe dürfte also
für weitere Kreise keinen Erfolg für das fehlende Fleisch bieten. —
Um diese Art Lederbissen mögen sich vorerst die Herrschaften be-
mühen, die sich auch sonst Schnepfen, Krammetzängel und sonstiges
zartfleischiges Getier aufzischen lassen. Um den Preis der Krähen
brauchen sie sich nicht zu streiten. Das wäre auch ein zugkräftiger
Artikel für Wucherer, die den Feinschmeckern mundgerecht machen
könnten, daß das Zeug um so besser schmeckt, je teurer es ist.“

Mogeleien beim Mehlbezug hat sich der Bäckermeister
Richard S. wiederholt ausshulden kommen lassen. Er hatte sich
dieserhalb vor dem Schöffengericht zu verantworten. Im
März reichte er beim Polizeiamte einen Mehlbesuchschein und
mit demselben angeblich 49462 Brotartenabschnitte ein. Eine
Nachprüfung ergab, daß nur 38214 gültige Brotartenabschnitte
eingereicht waren. S. muß zugeben, daß die Abschnitte bei ihm
überhaupt nicht gezählt, sondern nur gewogen sind. Aber auch
das Wiegen ist in höchst leichtsinniger Weise vorgenommen wor-
den. Er würde, wenn ihm seiner Angabe entsprechend Mehl ge-
liefert wäre, etwa 1900 Pfund Mehl zuviel erhalten haben.
Schon einmal ist der Angeklagte wegen gleichen Vergehens be-
straft worden. Er wurde dieses Mal zu 150 Mk. Geldstrafe ev.
15 Tagen Gefängnis verurteilt.

Auslandsbutter. Der Ernährungsausschuß gibt bekannt,
daß der Sonntagsverkauf von Butter auf der Freibank im
Schlachthof von jetzt ab wieder in Fortfall kommt. Der Verkauf
findet für die Bezirke 7 und 9, für welche der Sonntag bestimmt
war, an Sonnabenden von 5—8 Uhr nachmittags statt. Die Nach-
frage nach Butter hat sich stark verringert, so daß das Publikum
jederzeit, ohne warten zu müssen, abgefertigt wird. Trotzdem in
den letzten Wochen die zur Verfügung lebenden Buttermengen
nie verkauft waren, hat sich immer noch eine Anzahl Personen
zu ungewöhnlich früher Zeit vor der Markthalle eingefunden. Da
irgend eine Befürchtung, keine Butter zu erhalten, in feiner
Weise vorliegt, liegt es im Interesse eines jeden Einzelnen, nicht
vor der Verkaufszeit sich vor den Verkaufsstellen anzuhäufen.

Seitraten von Militärpersonen. Eines Heiratsverbot-
scheins bedürfen, wie im „Armee-Verordnungsblatt“ hervorgehoben
wird, nur Personen des Friedenslandes aus dem deutschen
Heeres. Er ist also nicht erforderlich für alle aus Anlaß der
Mobilmachung als Angehörige der Reserve, der Landwehr und
des Landsturms sowie der Ersatzreserve eingestellten Militär-
personen, für die früher dauernd Untertänigen und jetzt auf Grund
des Gesetzes vom 4. September 1915 eingestellten Personen und für
Kriegsereitwillige.

Gemüßerverwertungskursus. In den am Freitag stattfin-
denden ersten unentgeltlichen Gemüßerverwertungskursus in der
Haushaltungsschule, Fiegelstraße 4, an dem besonders Berücksich-
tigung des Gertachen von Khabarbar und Stachelbeeren ohne
Zucker findet, sei hiermit erinnert. — Das Einmachen wird vor-
geführt um 6, 7 und 8 Uhr. Anmeldung nicht erforderlich.

Kenjefeld. Der Impftermin für den Bezirk ist auf
Mittwoch, 21. Juni, nachmittags 3½ Uhr, hierseits im Schulhaus
festgesetzt worden.

Schönberg. Das Hartsteinwerk zu Lüdersdorf,
welches seinerzeit mit einem verhältnismäßig großen Kostenauf-
wand ins Leben gerufen wurde, konnte bis jetzt seinen Betrieb
immer noch nicht wieder aufnehmen. Das Werk, an dem bereits
viel Geld verloren gegangen ist, wurde ursprünglich von drei
Herren als Aktiengesellschaft gegründet, bis es später in eine
Kommanditgesellschaft umgewandelt wurde. Nun wurde neben
dem Hartsteinwerk, das seine Rentabilität längst eingebüßt hatte,
auch noch eine Möbelfabrik errichtet, die ebenfalls nicht lebens-
fähig war und schließlich mit dem Hartsteinwerk in Konkurs geriet.
Das ganze Werk mit den Maschinen und sonstigen kostspieligen
Einrichtungen wurde von einem Herren vor auswärtig für die
Summe von 100 000 Mark gekauft. Das Werk liegt insofern sehr ungünstig, als es keinen Schienenstrang
im Aufschluß an die Bahnstation Lüdersdorf erhalten kann.

Altona. Für 32000 Mk. Schokolade verschun-
den. In einer für die Firma H. u. K. in Altona-Ottensen aus
Berlin eingetroffenen Waggonladung mit Schokolade fehlten
beim Öffnen des Waggons 25 Kasser im Werte von
32000 Mk. Ueber das Verschwinden war Näheres noch nicht
festzustellen.

Kiel. Wegen Kindesmordes verurteilt das
Schwurgericht die 29jährige Witwe Katharine D a v e aus Wai-
kendorf zu drei Jahren und drei Wochen Ge-
fängnis. Sie hatte ihr Kind gleich nach der Geburt getötet
und es dann im Dien zu verbrennen versucht.

Begegnung. Einen qualvollen Tod erlitt der Ober-
schweizer des im benachbarten Orte Lüdersdorf gelegenen Land-
gutes Hoheloh. Er ging mit seinem Hunde auf die Weide, um
dort nach einer Quene zu sehen. Die Hände auf dem Rücken lie-
gend am Drahtzaun entlang, als ein auf der Weide graubender, sonst
sehr zahmer Stier ihn zu Boden warf und mit den
Hörnern und Füßen bearbeitete. Ein in die Nähe
kommender Junge sah den Vorgang und holte sofort seinen Vater,
der mit einer Mistgabel den Stier vertrieb. Dieser war so müde,
daß er erst mit der Gabel in die Nase gestochen werden mußte,
ehe er vom seinem Opfer losließ. Der Vater des Jungen zog nun
den Verletzten durch den Drahtzaun hindurch und öffnete seine
Kleider. Es stellte sich da heraus, daß der ganze Leib des Ober-
schweizers aufgerissen war und die Eingeweide herausschlugen. Er
wurde die sofortige Ueberführung ins Krankenhaus angeordnet,
wo der Verletzte aber trotz einer sofort vorgenommenen Operation
nach circa 30stündigem qualvollen Leiden bei vollem Bewußt-
sein starb.

Mus der Partei.

Ein neues Parteiblatt. Im Verlage der „Internationalen Korrespondenz“ in Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, erscheint seit dem 15. Mai vierzehntägig ein für unsere Feldgrauen bestimmtes Parteiblatt unter dem Titel „Sozialdemokratische Feldpost“. Das Blatt will „allen Genossen im Felde, die ihr altes Organisationsideal noch nicht über Bord geworfen haben, eine sachliche Informationsquelle über die Vorgänge in der Heimat sein.“ Der Versand an Feldpostadressen erfolgt völlig kostenlos.

Die sozialdemokratische Reichstagskandidatur für Reichenbach-Nurobe wurde am Sonntag in Langenbielaun erledigt. Genosse Feldmann widmete dem verstorbenen Abgeordneten Genossen Kühn einen warmen Nachruf. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde beantragt, daß nach dem Vortrage des von den Ortsvorstehenden der Organisation vorgeschlagenen Kandidaten, des Genossen Herm. Müller, auch nicht im Kreise anwesenden Genossen das Wort gegeben werden sollte. Insbesondere sollte der Reichstagsabgeordnete Bogtherr, der anwesend war, Gelegenheit bekommen, den Standpunkt der sozialdemokratischen Minderheit zu vertreten. Dem wurde zugestimmt. Nach dem Vortrag Müllers nahm Genosse Bogtherr das Wort, dem es der überwachende Gendarm aber nach einiger Zeit entzog. (In dem dortigen Grenzbezirk herrscht der verschärfte Belagerungszustand.) In der folgenden Debatte vertraten zwei Genossen aus dem Kreise und eine Berliner Genossin in längeren Ausführungen den Standpunkt der Minderheit. Genosse Herm. Müller wurde dann gegen 8 Stimmen als Kandidat aufgestellt. Anwesend waren über 200 Genossen aus dem Kreise. Ein Antrag, eine neue Versammlung mit einem Referenten der Minderheit einzuberufen und dann erst den Kandidaten aufzustellen, war dadurch erledigt. Einige wenige Anhänger der Minderheit verließen darauf den Saal.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Arbeitslosigkeit im Hutabsetzerverband ist noch immer groß. Die Zahl der im Gewerbe Tätigen ist von 25 000 auf 14 000 gesunken. Der Verband selbst hat nur etwa 1400 Mitglieder verloren; er zählt jetzt noch 2725 männliche und 3306 weibliche Anhänger. 2507 sind beim Militär. In Feuerungsanlagen wurden hauptsächlich 7883 Mt. herausgeschlagen, außerdem wurde für 5055 Strohputzherinnen eine Verdienstminderung von 12 135 Mt. abgewährt. Erfolgreich waren auch die Bemühungen, für die inalgel Kolonialbezug arbeitslosen oder mit verkürzter Arbeitszeit beschäftigten Wollarbeiter und Arbeiterinnen Sondern- und Erwerbslosenfürsorge zu erlangen. Der Verband, der die Unternehmungen wieder voll befehlt, nahm 194 537 Mt. ein und gab 169 525 Mt. aus. Er hat 325 885 Mt. Vermögen.

Der Verband der Fabrikarbeiter hat sich im Kriegsjahr 1915 sehr gut gehalten. Die Mitgliederzahl ist allerdings wiederum etwas zurückgegangen, jedoch bei weitem nicht so stark wie im Jahre 1914. Zu Beginn des Jahres 1915 hatte der Verband (ausschließlich der im Jahre 1914 zum Heere eingezogenen) noch 150 341, am Schlusse des Jahres noch 85 118 Mitglieder. Da im Laufe des Jahres 33 730 Mitglieder zum Kriegsdienst eingezogen wurden, beträgt der tatsächliche Mitgliederverlust 11 493 gegen 20 997 im Jahre 1914. Die Zahl der Ausgewiesenen ist weit geringer als in früheren Jahren. Die Finanzen des Verbandes haben sich gleichfalls nicht ungünstig gehalten. Die Einnahmen sind zwar erheblich — von 3 955 365 Mt. im Jahre 1914 auf 4 117 837 Mt. — zurückgegangen, jedoch sind gleichzeitig auch die Ausgaben von 4 451 339 Mt. auf 1 253 508 Mt. gesunken, so daß noch ein Einnahmeerlös von rund 1 600 000 Mt. verblieb, der dem Vermögen des Verbandes zugeführt werden konnte, das dadurch auf 3 528 878 Mt. steigt. Von den Ausgaben entfallen 1 245 665 Mt. auf Unterhaltungen aller Art. Den Hauptteil erforderte die Unterhaltung der Krankenkassen mit 462 984 Mt., dann folgt die Unterhaltung der Familien eingezogener Mitglieder, die 23 189 Mt. erforderte und die Unterhaltung der Arbeitslosen, für die 278 414 Mt. aufgewendet wurden. Dem Verband ist es gelungen, in zahlreichen Fällen die Unternehmer zu einer Erhöhung der Löhne oder zur Bewilligung von Feuerungszulagen zu veranlassen. Der dadurch erzielte Mehrerlös war allerdings so gut wie nie ein voller Ausgleich für die Steigerung der Lebenshaltung, aber er hat doch gar manchen die Last der Verengung etwas erleichtert. Der Kampf für die freigeschäftigten Mitglieder hat der Verband keine große Aufmerksamkeit gewidmet. Leider hat er bei den Unternehmungsverhandlungen nicht überall das gewöhnliche und erhoffte Maß von Entgegenkommen gefunden.

Soziales.

Die Reichsverwaltung hat für Angehörige der seit ihrem Tode insgesamt 629 hypothekarische Darlehen ausbezahlt mit einem Betrage von 74,7 Millionen Mark. Davon entfallen auf Frauen 61,1 auf Säuglinge 10,8 Millionen Mark. Mit Gemeinden werden insgesamt 111 Darlehensverträge über 155,7 Millionen Mark abgeschlossen. An den hierzu bis Ende des Geschäftsjahres 1915 ausbezahlten 130 Millionen Mark ist beteiligt Preußen mit 55,5 Millionen, Bayern mit 21 Millionen. Es entfielen auf Stadtgemeinden 56,6 Landgemeinden 10,7. Gemeindevorstände 17,6 und Zweckverbände 21 Millionen. Der Durchschnittsbetrag der Kommunaldarlehen beläuft sich auf 1,2 Millionen Mark. Im

Auslandsbutter.

Der Sonntags-Verkauf auf der Freibank im Schlachthof findet künftig nicht mehr statt. Am Sonnabend nachmittag von 5—8 Uhr wird dort Butter für die Bezirke 7—11 und 18 veräußert.

Der Ernährungsausschuß.

Bekanntmachung.

Es ist zur Kenntnis der Beteiligten bekannt, daß der Verwaltungsausschuß der Freibank im Schlachthof am Sonntag den 24. Mai 1916 von 5—8 Uhr den Verkauf von Butter für die Bezirke 7—11 und 18 veranlassen wird. Der Verkauf wird durch den Verwaltungsausschuß der Freibank im Schlachthof abgehalten. Die Butter wird in 50 Pfund Paketen abgemessen. Der Preis wird durch den Verwaltungsausschuß festgesetzt. Der Verkauf beginnt um 5 Uhr und endet um 8 Uhr. Der Verwaltungsausschuß der Freibank im Schlachthof.

Lübeckische Beleihungskasse für Hypotheken.

Geschäftsstelle: Fleischwallstraße 18, Zimmer 1.

10 alte Fenster

zu verkaufen.

Ein kleines Haus

zu verkaufen.

Kirchhofsmauerwerk

zu verkaufen.

Knipf & Bartels

zweiten Kriegsjahr gingen 260 Gefüße auf Gewährung von Hypothekendarlehen über 32,7 Millionen Mark ein, die bis auf ein am Jahreschlus noch unerledigtes Gefüge abgelehnt werden mußten, da sich die Anstalt an den bisherigen vier Kriegsanleihen mit insgesamt 200 Millionen Mark beteiligt hat.

Mus Nah und Fern.

Frau Hamkerin. Der Neuköllner Kriminalpolizei war aufgefallen, daß eine wohlhabende Frau, die nur für sich und zwei Kinder zu sorgen hat, große Mengen Lebensmittel nach und nach kaufte. Man kam auf den Verdacht, mit einer Hehlerin oder auch einer Diebin zu tun zu haben. Die Kriminalpolizei, die von diesen Dingen erfuhr, nahm ebenfalls Diebstahls- und Hehlerlei an, beschlagnahmte vorläufig den ganzen Vorrat und brachte ihn mit einem Kollwagen nach dem Polizeipräsidium. Man fand nicht weniger als 27 Pfund Butter, 11 große Schokolade, 15 Pfund Mehl, eine große Anzahl Pakete Palmöl, 20 Flaschen Spirituosen, 4 Schok Eier, 48 Stück Seife, 17 Pfund Seifenpulver, etwa 100 Büchsen Fleisch- und Gemüsekonserven und alle möglichen anderen Lebensmittel. Die Frau konnte nachweisen, daß sie nach und nach alles redlich gekauft hat und der Verdacht des Diebstahls oder der Hehlerlei erwies sich als unrichtig. Und da wundert man sich, wenn der größte Teil der Bevölkerung nichts zu beißen hat.

Kriegsgewinne. Die Fr. Bayerischen Farbenfabriken in Leverkusen (Kreis Solingen) haben bei 51 Millionen Aktienkapital 31 689 872 Mark Bruttogewinn erzielt. Die Abschreibungen und Rücklagen wurden von 9 072 967 auf 12 181 111 Mt. erhöht. Als Dividende werden 10 800 000 Mt. (20 Proz.) verteilt. Die Bemühungen der Aufsichtsräte sind mit 518 400 Mt. zu honorieren. In einen Reservefonds II kommen 3 000 000 Mt.; für Wohlfahrtszwecke werden 200 000 Mt. ausgeworfen. (Dieser Posten scheint für Wohlfahrtszwecke außerhalb des Betriebes bestimmt zu sein.) Vorgezogen werden 5 363 580 Mt. Für die Wohlfahrt ihrer Arbeiter hat die Firma im Geschäftsjahr 2 003 600 Mt. ausgeworfen, für Kriegsunterstützung 2 207 463 Mt. Die Kasse, Wechsel- und Bankguthaben der Firma betragen 54 240 000 Mt., was beweist, daß ihre Dividendenauszahlungen nie zu reichlich waren. Die „Wohlfahrt“ der Firma ist enorm. Neben den auch bei anderen Fabriken üblichen Arbeiterhäusern, Konsumvereinen, Werkvereinen und wie die Kettenglieder alle heißen, hat diese Firma auch alle möglichen Einrichtungen getroffen, um die Arbeiter auf ihrem ganzen Lebenswege zu betreuen. Da sind geistliche Abende, Kunstabende, Unterhaltungslokale mit Konzert, Lesesaal und sogar eine eigene Zeitung zu finden. Damit aber für alle Bedürfnisse gesorgt und auch das Persönliche des Arbeiters gewahrt wird, besteht die Einrichtung des Sozialsekretärs, der Rat und Hilfe in Familienangelegenheiten erteilt. Daß keine Gewerkschaft dort geduldet wird, bedarf nicht besonderer Erwähnung.

Ist das Buttermangel? Die „Münchener Post“ schreibt: Norddeutsche Zeitungen kämpfen beständig über das selbstjüchtige Bayern, das nach ihren Anschauungen in Butter schwimmt, dem mangelleidenden Preußen aber nichts davon abgibt. In Wahrheit ist aber in Norddeutschland Butter genug vorhanden, wie folgendes Inserat beweist, das in Nr. 245 der „Münch. Neuest. Nachrichten“ erschien:

Butter.
Ia. Süßrahmbutter direkt ab Molterei liefert in 9 Pfund-Paketen zu 35,10 Mark franco gegen vorherige Einzahlung des Betrages.

Krefeld.

Man hat also in Krefeld so viel Butter, daß man sie sogar in Saigon ausbieten kann, allerdings zu dem Wasserpreise von circa 3,90 Mark pro Pfund. In Norddeutschland sollte man sich deshalb nicht über bayerischen Egoismus, sondern über einheimisches Spekulantentum beklagen.

Beschlagnahme der badischen Obsternte. Vor einigen Tagen wurde bekannt, daß schon jetzt die Obsternte der Bergstraße in Karlsruhe von Händlern aufgekauft war. Ein solches Vorgehen der Händler würde selbstverständlich eine große Preissteigerung im Gefolge gehabt haben, weshalb die badische Regierung den Weg der Veräußerungsregelung auch für das badische Obst befristet hat. Für die kommende Obsternte sind Vorkehrungen getroffen, daß zunächst einmal das Land mit Vorräten versorgt werde und nur das, was im Lande nicht gebraucht wird, aus dem Lande ausgeführt werden darf. Die Regierung wird Höchstpreise festsetzen unter Berücksichtigung der erhöhten Produktionskosten. Die Ausfuhr aus Baden wird von Veräußerungsregeln abhängig gemacht werden. Auch aus dem Rheinland wird berichtet, daß Spekulant an der Arbeit sind, die Ernte anzukaufen und damit die im vorigen Jahre gut gebliebene Verwertung der Früchte zu wiederholen.

Granzug. „Welt Journal“ meldet aus Preß: Auf dem Grenztelegraphen errichtete sich beim Handgranatenwerfen der Returten der Jahresklasse 1917 des Infanterie-Regiments 128

ein schwerer Unfall. Eine Granate pläzte in der Hand eines verwunden Soldaten. Ein Feldwebel wurde getötet, drei Mann wurden schwer verletzt.

Nach dem „Welt Journal“ wird aus Le Havre gemeldet: Auf der See erfolgte der Zusammenstoß zweier Dampfer, wodurch der französische Dampfer „Fle Chauffeur“ buchstäblich durchschnitten wurde und sofort sank. Von der Besatzung wurden zwölf Mann gerettet, sechs Mann werden vermißt.

Wie der „Matin“ meldet, kam es in Paris zu förmlichen Kundgebungen der Hausfrauen in den Markthallen wegen maßloser Fleischpreise, die dazu führten, daß bedeutende Mengen un verkauft blieben, die am anderen Tage von den Fleischhauern als verdorben der Abdecker überwiefer wurden. Die Inanspruchnahmen von Hausfrauen, die der Fortschaffung zusahen, gaben ihren Unwillen durch entrüstete Proteste zu erkennen. Sie forderten dringend Rühlanlagen, sowie behördliches Eingreifen, um durch angemessene Preisermäßigung ähnliche Vorkommnisse zu vermeiden. Der „Matin“ meldet aus zahlreichen Provinzstädten Mangel an Fleisch und riesige Preistreiberereien, die vielfach zur Mahregelung der Händler seitens der Behörden und infolgedessen zu Streiks der Schlachter führten.

Neueste Nachrichten.

WTB. (Amtlich.) Berlin, 25. Mai. Deutsche Seeflugzeuge haben am 22. Mai im nördlichen Ägäischen Meer zwischen Odeagathis und Samothrali einen feindlichen Verband von 4 Schiffen angegriffen und auf ein Flugzeug-Mutterschiff 2 Volkstreser erzielt. Die feindlichen Schiffe entfernten sich darauf in der Richtung nach Imbros.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Literarisches.

Jahrbuch für Holzarbeiter. Seit 5 des ersten Jahrgangs, Mai 1916. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband in Berlin. In aller Stille feiert das „Jahrbuch für Holzarbeiter“ die Vollendung seines zehnten Lebensjahres durch einen Rückblick auf die zurückgelegte Spanne Zeit. Das Blatt ist im Mai 1906 vom Deutschen Holzarbeiter-Verband ins Leben gerufen worden, um ausschließlich der fahrgewerblichen Aufklärung und Fortbildung zu dienen. Aus seinen Anfängen heraus hat es sich bis zum Jahre 1913 zu einer Auflage von monatlich 12 000 Exemplaren emporgearbeitet und Verbreitung weit über Deutschlands Grenzen hinaus gefunden. Der Krieg hat natürlich der Aufzählung erheblichen Abbruch getan, nicht aber dem Inhalt, der sich aller Erschwernisse zum Trotz auf alter Höhe hält. Das Jahrbuch bringt Abbildungen von Arbeiten des bekannten Berliner Architekten Hermann Muthesius, die ihre Würdigung durch eine Abhandlung des Direktorialassistenten am Kunstgewerbemuseum Dr. Bernoulli erfahren. Weitere Beiträge behandeln die Chemie des Holzes, die Einlegescheibeln und die Gestaltung von Schrankfuß und Schranksockel. Das Heft bringt erneut den Beweis, daß die Gewerkschaften auch auf diesem Gebiet Gutes zu leisten vermögen. Das Jahrbuch für Holzarbeiter erscheint am 15. jedes Monats und ist gegen 1,20 Mark pro Vierteljahr von allen Postanstalten, Buchhandlungen sowie direkt von der Expedition, Berlin SO 16, im Köllnischen Park 2, zu beziehen.

Handels- und Marktnachrichten.

Lebender Marktpreise am 24. Mai.

Bauernbutter Pfd. — Mt., Meiereibutter Pfd. 2,55 Mt. Hagen — Mt., Enten Eid. — Mt., Hühner Eid. 4,00—5,00 Mt., Käsen Eid. — Mt., Lauben Eid. 1,20 Mt., Gänse Pfd. — Mt., Schinken — Mt., Schweinskopf Pfd. — Pfg., Wurst geräuchert, Pfd. 3,00 Mt., Eier Eid. 15 bis 24 Pfg., Kartoffeln Pfd. — Pfg., Blumenkohl Kopf 70 Pfg., Spargel 1. Sorte Pfd. 60—70 Pfg., 2. Sorte 50 Pfg., 3. Sorte 30 Pfg. Lebende Säugetiere: Schlei, Bortionschlei Pfd. 1,50 Mt., größere Pfd. 1,30—1,40 Mt., Karpfen, größere Pfd. — Pfg., — Mt., kleinere — Mt., Kal, große Pfd. 2,00 Mt., mittel Pfd. 1,40 Mt., kleine Pfd. 1,00 Mt., Karantischen Pfd. — Pfg., Hechte, mittel — Mt., große Pfd. — Mt., Barsche Pfd. 1,00 Mt., Brachsen, große Pfd. 1,00 Mt., kleine Pfd. 75 Pfg., Aal Pfd. 1,00 Mt., Rotaugen, große Pfd. 60 Pfg., kleine Pfd. 50 Pfg. Salzwasserfische: Dorsche, lebende Pfd. — Pfg., frühe Pfd. 70—80 Pfg., Quitt, größere Pfd. 70 Pfg., kleinere Pfd. 50—60 Pfg., Steinbutt, lebende Pfd. 1,40—1,60 Mt.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübed und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Samlich in Lübed.

Arbeiter

stellt ein
2481
Heinrich Diestel.
Zu melden Mühlenstraße 62.

Schlachtvieh jeder Art kauft
Heinr. Viereck,
Häxstraße 96.
Drucksachen aller Art
Friedr. Meyer & Co.

Photographien-Postkarten
Vergrößerungen nach jedem Bilde
in best. Ausführung zu kleinst. Preis.
Atelier Modern
39 Breite Straße 39.
Hans Hirschfeld. (2490)
Bilderrahmen
Bilderleisten
Oscar Tschmitz, Glasbild
Häxstraße 25, Fernr. 2508
Kunst gelbtebende (2498)
Magnum-bonum
und Eierkartoffeln.
G. Heese, Märkerstr. 26.

Markthallenstand
46. (2435)
Freitag früh eintreffend:
Rotungen, Schellfische,
Herlinge, Goldbutt.
Johannes Boy, Markthallenstr. 46.
Großindustrie und
Kriegswirkungen.
Von Richard Woldt
Preis 10 Pfg.
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre
Arbeitskleidung bei
Otto Albers
Markt 4, Kohlmarkt 10.
Mitgl. des Rab.-Sparv. Lübeck.

Der deutsche Arbeiter
und sein Vaterland.
Von Konrad Haenisch
(Mitglied des Preussischen
Abgeordnetenhauses.)
Preis 10 Pfg.
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht des „Lübecker Volksboten“.)

Zensurdebatte im Reichstag.

Die Mittwochsitzung des Reichstags erhielt ihren besonderen Aufschlag dadurch, daß der neue Staatssekretär für das Reichsamt des Innern Helfferich sich dem Hause in dieser neuen Eigenschaft vorstellte. Neben den warmen, ja begeisterten Lobesworten, die der bisherige Finanzminister des Reiches seinem Vorgänger im Amte spendete, fiel in der kurzen Ansprache besonders auf die Betonung des starken inneren Widerstandes, mit dem der Staatssekretär seinen bisherigen liebgewordenen Posten aufgegeben hat.

Nachdem der Abg. Säckel (Soz.) in warmherzigen Ausführungen die Wünsche der heimarbeitenden Textilarbeiter und Arbeiterinnen auf Einbeziehung in die Arbeitslosenversicherung vertretet hatte, trat das Haus in die Zensurdebatte ein. Wenn auch der Burgfriedenzustand hier und da auf Ton und Temperament der Reden besänftigend einwirken mochte, so trat in der Sache doch deutlich genug die allseitige Unzufriedenheit mit den jetzigen Zuständen hervor. Gleich der Redner des Zentrums Dr. Pfleger begann seine Ausführungen mit der Feststellung, daß das bisherige Ergebnis der Verhandlungen mit der Regierung auf wenig über Null anzuschlagen sei, die schon früher beklagten Mißstände bestünden fort. An Beispielen über Mißgriffe der Zensur und Bevormundung der Presse ließ es der Redner nicht fehlen; allerdings schwächte er die Wirkung seiner Ausführungen dadurch teilweise ab, daß er selbst gegen einige ihm mißfallende Presseäußerungen über Ultramontanismus nach dem Zensur rief. Auch seine Ausführungen zum Schutze des Petitionenrechts, die hauptsächlich auf das bekannte Verbot der Unterschriftensammlung für die Petition des Prof. Schäfer Bezug nahmen, waren nicht sehr glücklich, da der Redner sich weniger auf das allgemeine Bürgerrecht berief als auf den besonderen Charakter der Unterzeichner gerade dieser Petition. Genosse Emmel, der nach ihm das Wort ergriff, legte sofort dar, daß man keinen Unterchied machen dürfe zwischen „ernsthaften Männern“ und „Kretsch und Plethi“, sondern, daß die Unterzeichner von Petitionen gleich zu achten seien, gleich wie man zu deren sachlichen Inhalt stände. Im übrigen behandelte Genosse Emmel ein besonders trauriges Kapitel, nämlich die Handhabung der Zensur in Elsaß-Lothringen. Dort verfährt die Zensur besonders streng, weil einmal Elsaß-Lothringen im Operationsgebiet liegt und sodann die militärischen Kommandostellen vielfach von unberechtigtem und übertriebenem Mißtrauen gegen die Haltung der Bevölkerung erfüllt sind. Genosse Emmel zeigte, wie die Zensur in den Reichslanden selbst vor den verfassungsmäßigen Rechten des Landtages und der Bezirksräte nicht halt mache, wie die Briefzensur auch gegenüber solchen Schreiben gehandhabt würde, die an ihn in seiner Eigenschaft als Abgeordneter gerichtet werden. Er verwies auf die scharfe und finanziell schwer schädigenden Maßnahmen, die aus ganz geringfügigen Anlässen gegen das Mählhauser Parteiblatt von den militärischen Zensurbehörden ergriffen worden sind. Darüber hinaus legte der Redner auch die unhaltbaren Zustände im übrigen Reichsgebiet dar und begründete daraus die Forderung der völligen Aufhebung des Belagerungszustandes mit all seinen Einwirkungen auf das Press-, Vereins- und Versammlungsrecht. Nach ihm kam noch der Fortschrittler Liesching zum Worte, der es gleichfalls an scharfer Kritik der durch die Zensur geschaffenen Mißstände nicht fehlen ließ, aber bezeichnenderweise konnte weder er noch der Sprecher des Zentrums sich zu der Forderung einer völligen Beseitigung der Zensur aufschwingen.

Vor der Rede Lieschings hatte der Reichstag eine Anzahl von Bestimmungen über die zum Etat des Reichsamts des Innern gestellten Anträge vorgenommen. Die Kommissionsbeschlüsse auf Ausbau der Familienunterstützung, Förderung des Kleinwohnungswezens, Wiederinkraftsetzung der Arbeiterschutzgesetze nach dem Kriege wurden einstimmig oder mit

großer Mehrheit angenommen. Gegen die Stimmen der Sozialdemokratischen Fraktion wurde ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf sofortige Inkraftsetzung der Schutzgesetze und zwei übereinstimmende Anträge der beiden sozialdemokratischen Fraktionen auf Ungültigkeitserklärung der Sparzwangergesetze. Annahme fand ein Antrag des Zentrums, der alle das Bevölkerungsproblem betreffenden Fragen, Bekämpfung des Geburtenrückgangs, Mutter- und Säuglingschutz usw. einer besonderen Kommission von 28 Mitgliedern überweist. Die Beratungen gehen am Donnerstag weiter.

Berlin, 24. Mai.

58. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstich Dr. Helfferich.
Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt das Wort Staatssekretär im Reichsamt des Innern Dr. Helfferich: Das hohe Haus hat vor einigen Tagen der Vertiefung und Anerkennung des Reichstages für meinen Amtsvorgänger Ausdruck gegeben. Der scheidende Staatssekretär hat mich beauftragt, Ihnen dafür den herzlichsten und aufrichtigsten Dank auszusprechen. Ich brauche nicht hinzuzufügen, wie hoch die verbündeten Regierungen und ich selbst die Verdienste des Staatssekretärs v. Delbrück einschätzen. Erst die Geschichte wird zu seiner gerechten und vollen Würdigung kommen und im Lichte der Geschichte wird der Name Clemens v. Delbrück hell erstrahlen unter den ersten Namen dieser großen Zeit. (Leb! Beifall.) Für mich war es ein schwerer Entschluß, die Fortführung seiner Arbeit zu übernehmen. Der Abschied von meinem bisherigen Amt ist mir erleichtert durch das Bewußtsein, daß die Reichsfinanzverwaltung in gute und starke Hände übergeht, und daß unsere finanzielle Kriegsführung sich in gesicherten Bahnen bewegt. Rund 90 % unserer bisherigen Kriegsausgaben sind durch langfristige Anleihen konsolidiert, während in England mehr als die Hälfte, in Frankreich sogar drei Viertel der Kriegsausgaben ungeichert auf kurzfristigen Krediten beruhen. (Hört, hört!) Wenn Sie in den nächsten Tagen die Steuervorlagen zum Abschluß bringen, so füge Sie damit wiederum einen festen Block in das Fundament unserer Kriegsführung ein und erleichtern meinem Nachfolger die Arbeit ganz wesentlich. Trotzdem wird es mir hart, mich von dem lieb gewonnenen Wirkungskreis zu trennen. Noch schwerer wird mir der Entschluß, angesichts der erdrückenden Fülle und Wichtigkeit der Aufgaben, die mich in dem neuen Amt erwarten. Ich darf nur dann hoffen, meiner neuen Aufgabe einigermaßen gerecht zu werden, wenn Sie mir Ihre Mitarbeit und Ihr Vertrauen in demselben weitherzigen Maße gewähren wie in meinem alten Amte. In einträchtigem Zusammenwirken wird es uns mit Gottes Hilfe gelingen, den Krieg durchzuführen, den Frieden wirtschaftlich vorzubereiten und durchzuführen, und im Frieden ein gesichertes Feld für die Wiederaufnahme der segensreichen Arbeit zu finden, die uns groß gemacht hat und die unser Volk auch in Zukunft aufwärtsführen wird. (Leb! Beifall.)
Das Haus tritt in die Tagesordnung ein.

Abg. Hoch (Soz.) berichtet über die zum Reichsamt des Innern vorliegenden Petitionen.

Abg. Jäckel (Soz.): Die für die Textilarbeiter vorgezeichnete Erwerbslosenunterstützung müßte auch den Heimarbeitern gewährt werden. Von den unteren Instanzen geschieht das leider nicht überall. Auch sind die vorgezeichneten Unterstützungssätze viel zu niedrig, um den in Not geratenen Arbeiterfamilien die Existenz zu ermöglichen. Eine ganze Anzahl von Familien mit erwachsenen Kindern müssen nach meinen Feststellungen vier bis fünf Mark Defizit wöchentlich machen; danach kann man sich denken, wie groß erst die Not bei den Familien mit kleinen Kindern ist. Besonders leiden auch die Heimarbeiter in der Musikinstrumentenbranche an der jüdisch-böhmischen Grenze. Die jüdische Regierung hat schon vor Monaten verfügt, daß aus Bezirksmitteln Unterstützung gewährt wird. Aber bis zum heutigen Tage ist das noch nicht durchgeführt. Angesichts dieser Verhältnisse ist eine Erhöhung der Unterstützung dringend notwendig. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Hoch (Berichterhalter): Die Unterstützung wird durch Vermittlung der Gemeinden gewährt, es ist aber ausdrücklich festgelegt, daß die Heimarbeiter genau in derselben Weise unterstützt werden sollen wie die Fabrikarbeiter.

Es folgt die Erörterung der Zensurfragen. Hierzu beantragt die Kommission in einer Reihe von Resolutionen, daß das Verbot einer Zeitung nur mit Zustimmung des Reichskanzlers erfolgen darf, daß die auch während des Krieges unentbehrlichen Sicherheiten hinsichtlich der Eingriffe der Militärgewalt in das bürgerliche Leben durch einen Gelehtentwurf geschaffen werden; daß das Vereins- und Versammlungsrecht und die Pressefreiheit

nur soweit eingeschränkt werden, als es im Interesse siegreicher Kriegsführung unbedingt geboten ist und daß eine gleichmäßige Handhabung der Zensur sichergestellt wird, daß ferner die Verhängung der Schutzhaft auf das aus militärischen Gründen absolut gebotene Maß beschränkt wird und daß bei Verhängung der Schutzhaft dem Beschäftigten mindestens der Rechtsschutz des Untersuchungsgefangenen gewährt wird. Ferner beantragt die Kommission, die Petition, die sich gegen den durch Beschlagnahme der bekannten U-Bootpetition des Professor Schäfer vollzogenen Eingriff in das Petitionsrecht wendet, dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Bernstein und Genossen (Soz. Arb.) beantragen, den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß der Belagerungszustand aufgehoben und insbesondere die Freiheit der Presse wiederhergestellt wird.

Abg. Alblach und Genossen (Bpt.) beantragen, den Reichskanzler um die Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, durch den die Handhabung der Zensur in nicht militärischen Angelegenheiten sowie die Aufsicht über das Vereins- und Versammlungsrecht während der Dauer des Belagerungszustandes den Zivilbehörden übertragen wird.

Abg. Dr. Pfleger (Ztr.): Das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen über die Handhabung der Zensur ist gleich Null. Mit dem Stichwort, eine Maßregel sei notwendig „im Interesse der öffentlichen Sicherheit“ wird das gesamte politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben unter die Herrschaft der Militärgewalt gestellt. Durch die Zeitungsverbote sind manche Verlage völlig ruiniert worden. (Sehr wehr!) Das Verprechen, die Erörterung der wirtschaftlichen Maßnahmen frei zu geben, ist auch nicht eingehalten worden. (Sehr wahr.) Auf der anderen Seite ist die Zensur zu lag gegenüber geschmacklosen und rohen Kinovorstellungen und dergleichen. Auch die schwersten Angriffe gegen den Katholizismus werden trotz des Burgfriedens von der Zensur zugelassen. (Hört, hört! im Ztr. u. rechts.) Der Reichskanzler ist heute abhängig von der Gracde der einzelnen Armeekorpskommandeure. Das ist ein unwürdiger Zustand. (Sehr richtig!) Die Unterdrückung der bekannten Petition in der U-Bootfrage ist ein Eingriff in die Rechte des Parlaments. Ein solches Vorgehen ist eines freien Volkes unwürdig. (Sehr richtig.) Der Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes wäre aber ein Schlag ins Wasser, wenn der Belagerungszustand könnte jeden Augenblick wieder eingeführt werden. Verlangen aber müßten wir die völlige Beseitigung der politischen Zensur, die auf die Dauer unerträglich wird. (Beifall i. Ztr.)

Abg. Emmel (Soz.): Neben dem Verlegen in der Ernährungszuge ist die Handhabung des Belagerungszustandes wohl dasjenige, was die meiste Unzufriedenheit ausgelöst hat. Die Zensur besteht nicht einmal verfassungsmäßig einwandfrei, noch weniger die Art ihrer Handhabung. Ganz besonders schlimm sind wir in Elsaß-Lothringen dran, wir befinden uns in unmittelbarer Nähe des Operationsgebietes und überdies wird die reichslandische Bevölkerung von den militärischen Stellen fast ausnahmslos zu den unsicheren Kantonieren gerechnet, ja zu Reichsfeinden gestempelt und danach behandelt. Der Landtag konnte nur zusammenreten, wenn die Parteien sich verpflichteten, militärische und politische Angelegenheiten, nicht zu besprechen. Die Bezirksräte sind zwar auf Grund einer kaiserlichen Verordnung einberufen worden, aber den Abgeordneten wurde vom Bezirkspräsidenten mitgeteilt, der kommandierende General habe ihm befohlen, den Bezirksrat sofort aufzulösen, wenn irgend welche politischen oder militärischen Angelegenheiten zur Besprechung gelangten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der kommandierende General legt sich also über die kaiserliche Einberufungsbefehle hinweg und greift in die Befugnisse des Kaisers ein. Wo eine Geheimhaltung im militärischen Interesse nötig ist, würde sich in den Reichslanden genau so leicht eine Verhandlung mit der Regierung erzielen lassen, wie es hier im Reichstag der Fall ist. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Eine politische Rundgebung der Bezirksräte, die sich gegen die in Frankreich aufgetauchte Auffassung wendet, daß die Angliederung von Elsaß-Lothringen an Frankreich das Kriegsziel sei, ist übrigens nicht unterdrückt worden.

Die militärische Schutzhaft wird im Reichsland ganz besonders jahreslang empfunden, weil die Zahl der davon Betroffenen erheblich ist als im übrigen Reich. Sehr häufig wissen die Betroffenen gar nicht den Grund der Maßnahme und haben kein Mittel, sich dagegen zu verteidigen. Mit solchen Maßnahmen germandiert man im Reichslande nicht. (Sehr richtig! b. d. Soz.) In der Kommission hat die Regierung eine Nachprüfung zugesagt. Ich bitte um eine Wiederholung dieser Erklärung im Plenum, sie würde sicher beruhigend auf die Familien der Betroffenen wirken. Erheblich leiden wir auch unter den Passchierigkeiten. Die Spionagegefahr ist im Grenzland ja größer wie im inneren Deutschland. Aber über das unumgänglich Notwendige

Der Werwolf.

Roman von Wilibald Alexis (W. Göring).

76. Fortsetzung.

Die beiden Kurfürsten also waren an diesem Tage zuerst im Saal, und ich will's nicht beschwären, daß der Sachse auch um den Streich mußte. Und beide unterhielten sich, als die anderen Fürsten und Herren schon Platz genommen, als war's über Gleichgültiges, und setzten sich dann, als gerad' der Bayern- Herzog eintrat. Da sprach Johann von Sachsen: Lieber Schwager von Brandenburg, gefällt's Euer Liebden nicht mir näher zu rücken. Worauf unser Herr: Ei nein, das leidet der Herzog Wilhelm nicht. Ist's ja der Platz, den unser Better von Bayern sich ausgesucht. Und da trat derselbige, der immer später kam und Geräuß machte, als müßt' es so sein, daß alle auf ihn warteten und ihn ansehnen und die Bretter dröhnten, wenn er drüber ging, also trat er auch jetzt auf die Kurfürstentbank. Aber kaum daß er sich niedergelassen: als die Bank brach, und wie er ist, schwerfälligen Leibes, halb sah, halb lag der Bayern-Herzog auf der Fürstentbank unten, dahin er gehörte, und hatte sich über Gebühr erheben wollen. Wem soll ich's sagen, was das Gelächter gab; es prustete nur so, da die meisten merkten, was es sei, und Johann von Sachsen mußte sich abwenden, daß er sein Lachen verberge. Nur unser durchlauchtigster Herr sagte ganz ernstlichen Gesichts: Ist Euer Liebden etwas eingestiegen? Wer hätte das gedacht! Und der Bayer hatte gar nicht Zeit, sich aufzurappeln, wenn er's auch vermocht, denn ist hub der Kanzler die Sitzung an, und hat der Herzog Wilhelm mit großer Scham müssen sitzen bleiben, dahin er gefallen und dahin er gehörte, zu Füßen der Kurfürsten unter den Fürsten durch die ganze Sitzung. Unser gnädigster Herr hat aber große Ehre davon getragen. Alle Welt sagte: der Brandenburger hält auf ständische Ehre und läßt sich nicht beschlecken, was es ihm auch koste. — Meine Herren, das war für uns ein Ehrentag in Augsburg. Wenn wir durch die Gassen gingen, wichen sie uns von den großen Steinen, und die Bürger wiesen uns ihren Kindern: met' dir's, das ist ein Märter, die halten auf Ehre.

Der Kurfürst ging derweil im Nebenzimmer umher und er hatte einen neuen Bericht angehört von dem Unfug der Haujen, welche sich allerwärts in Deutschland zeigten und in die Kirchen einbrachen, um die Bilder zu zerstören; aber er hatte nichts darauf erwidert.

Glücklicherweise sind sie fast überall bei uns übel empfangen worden, sagte der Kanzler, und der Kurfürst schwieg noch immer. Er ist zerstreut.

„Als höchstern unverständliche Chöre unterständliche Weisen ihm ins Ohr, denen er lauscht.“

Man konnte viel in Joachim's Gegenwart kühnen; er lächelte wohl einen an und sah ihn doch nicht. Er sprach mit sich, zuweilen laut, als wäre er im vollen Saale allein.

„Die armen Bilder!“ hörte man's von seinen Lippen tönen.

„Was haben die ihnen denn getan! Sie sind ja stumm, sie schütteln nicht den Kopf zu ihrer Torheit. Auch Wunder zu tun vermögen sie, wo niemand mehr will an Wunder glauben.“

„Wann ist Beelth abgebrannt?“ fuhr er plötzlich auf.

„Dienstag nach Johannis, gnädigster Herr. Es stimmte vieles zusammen. Dreimal sieben Tage vorher erschien zuerst am Himmel der erschreckliche Komet, dessen Schweif einem blutigen Arme glich, der ein blutiges Schwert in der Hand trug, und die kleinen Sterne um den Stern sahen wie Spieße aus, die ringsum starrten. Sieben Tage vorher aber war der furchtbare Wind aus Osten, der bei Soldat tausend Bunde Korn dermaßen in die Luft wehte, daß man noch heute nicht weiß, wo sie hinkamen. Einige meinen, nach Schweden.“

„Es stimmt gar viel zusammen —“

„Die von Beelth sind um Unterstützung und Vorbehalt eingekommen.“

„Unsere Kassen sind erschöpft. Der Zug nach dem Reichstag, das teure Leben in Augsburg, item zehrt der Türkenkrieg.“

„So soll ihre Petition —“

„Dem Landtag vorgelegt werden.“

Der Kanzler mochte ihn etwas etwas verwundert anblicken.

„Etwas dem Reichstag?“

„Was heißt dir der? Der beschließt's und der Kaiser gebietet's: die Ketzerei soll ausgerottet werden, und die Fürsten nähren sie in ihrem Busen. Da wundert Ihr Euch, daß Kometen am Himmel erscheinen; das sind die Symbole der Disharmonie Eurer verwirrten Gemüter.“

„Gnädigster Herr, Dero getreue Stände —“

„Gelobten mir Anno 27 auf dem Landtag in Berlin ernsten Gehorjam gegen die Ketzerei, und daß sie mit Nachdruck die christliche und löbliche alte Ordnung und Zeremonien der heiligen christlichen Kirche handhaben und aufrecht halten wollen.“

„Sie haben —“

„Daß er Vernunft annehmen soll. Mit Keulen schlägt man nicht drein, wenn man Mäden jagen will. Kann ich die Leute zwingen, wenn sie nicht mehr zum Bild nach Görlitz wallfahrten wollen?“

„Auch ist es das nicht, um was er sich diesmal beschwert.“

„Um was beschwert er sich nicht!“

„Diesmal fürchtet Herr Georg.“

„Wen — auch seine Fürstenwalder, wie vordem seine Frankfurter?“

„Die Fürstenwalder wissen zu schätzen, was eine bischöfliche Hofhaltung wert ist.“

„Also was will er! Der Vorteil ist das feste Band, das die Menschen an uns knüpft.“

„Er sorgt wegen der großen Rüstungen der Mindwige. Es reiten auch viele brandenburgische Herren zu ihnen nach Sonnenwalde hinüber; von den Mißvergnägten, die allezeit mit den Stiftern und Prälaten anbanden möchten. Man sorgt um einen großen Anschlag. Was vor der Vater Zeiten nicht mehr gesehen, als eine Kauferei, eine gewöhnliche Fehde, das nimmt iso eine andere Farbe an, wo die Religion im Spiele ist.“

„Ich muß dies bestätigen, gnädigster Herr“, sprach der alte Schliehen; „mein Sohn Eulandius, den Euer Gnaden von Lauter und Hauptmann in Jossen bestellt, schreibt mir, wie man der Orts von nichts spricht als von den Mindwigen, und was sie vor hätten.“

„Spricht man in Deutschland noch von anderem als von Luther!“ rief der Fürst. „Es war ein Ton, ein Bild, der dem Kanzler sagte, daß Joachim kein Dohr mehr für seine Vorträge habe; er ließ die Papiere in die Mappe zurückfallen.“

Joachim sprach mit den unsichtbaren Geistesherren: „Ich meine: wer zu Grabe getragen wird, kann nicht ruhig in sein Bild Haus mehr gesetzt werden; eine Krabe schreit noch den Namen Luther in den Lüften, ehe die Erde auf den Sarg gelangt ist.“

Was sind dagegen Taten, Verdienste ums Vaterland! Man kann sein ganzes Leben in ihm geopfert, Kräfte gemacht haben, alt und grau von Sorgen und Arbeit ums Volk, das Volk hat nur der Doktor Luther. Was ist ihm der große Otto, der hat Germanien beschützt, daß wir keine Hunnenknecht sind! Man kann die Sterne gezählt und eine neue Welt entdeckt haben; was ist Kolumbus' Ruhm, was Aristoteles' gegen den Doktor Luther! Sie haben nichts entdeckt, nichts gewußt, nichts gebaut, gegen den Mann des Volkes. Sie haben recht, es braucht kein Canon mehr, keine Kirche, kein Kirchenrecht, keine Päpste; der Doktor ist der allein Unschlachte, Untrügliche, der Mann Gottes, der sich selbst gemacht hat, und daran hat er wohlgetan, so hat, der alles zertrümmert, doch etwas gemacht!“

(Fortsetzung folgt)

